önz ökumenisches netz zentralafrika e.V.

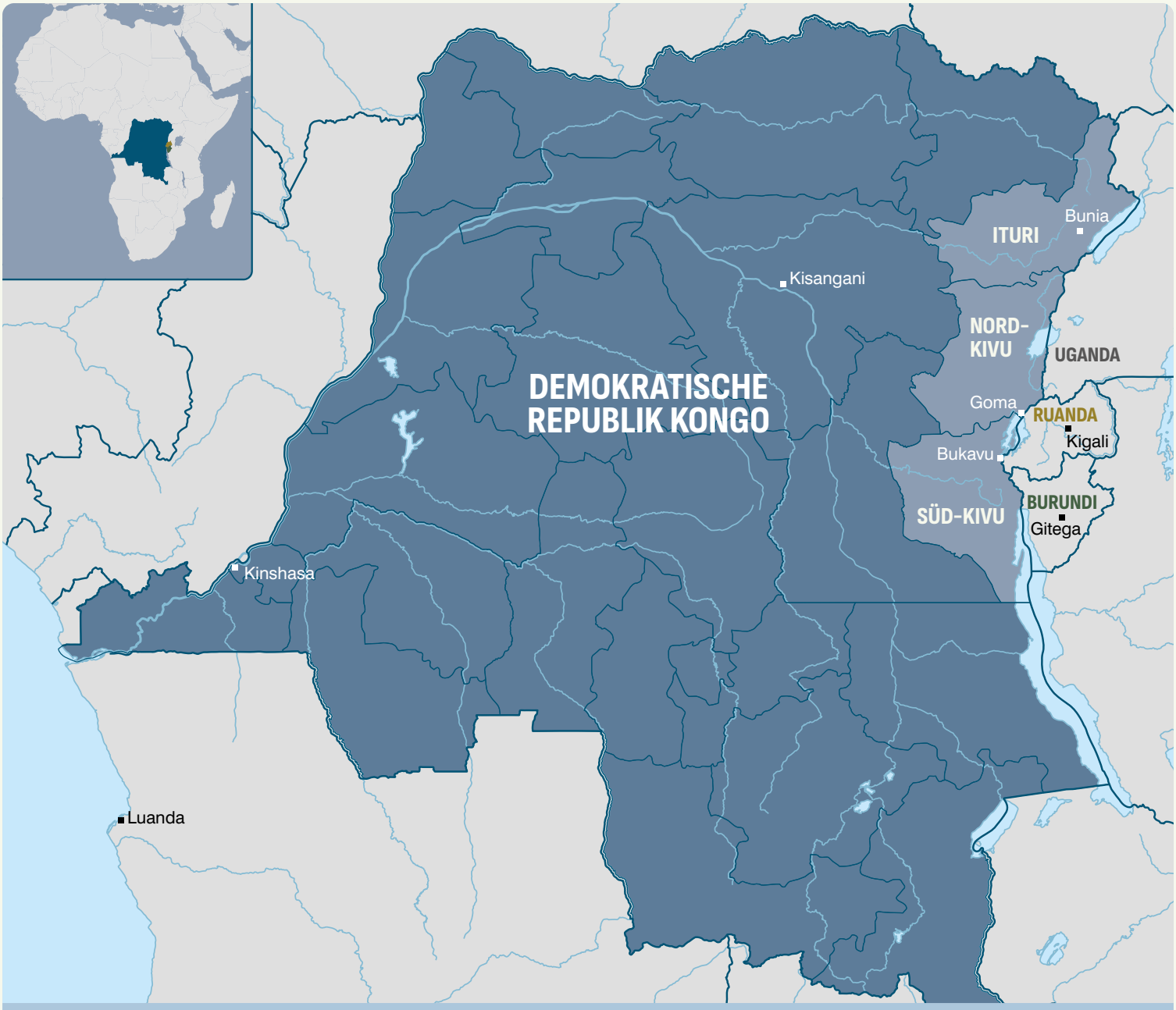
DEZEMBER 2025

EINE NICHT ENDEN WOLLENDE KRISE?

Eskalation der Gewalt und die Suche nach Frieden im Osten der Demokratischen Republik Kongo

EINLEITUNG

Seit drei Jahrzehnten ist der Osten der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) Schauplatz bewaffneter Konflikte, in denen sich Milizen, bewaffnete Gruppen und die Armeen der DR Kongo oder ihrer Nachbarstaaten gegenüberstehen. Die Folgen insbesondere für die Zivilbevölkerung sind verheerend: Sie leidet massiv unter dem Sicherheitsvakuum, der anhaltenden Gewalt, Vertreibungen und schweren Menschenrechtsverletzungen. Zu Beginn des Jahres 2025 hat sich die Sicherheitskrise noch einmal dramatisch verschärft. Nach mehrwöchigen Kämpfen nahm die von Ruanda unterstützte Rebellengruppe Bewegung 23. März (M23) am 27. Januar 2025 Goma, die Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu, ein. Nur zwei Wochen später brachte sie auch die Hauptstadt der benachbarten Provinz Süd-Kivu, Bukavu, sowie weite Teile der Provinzen Nord- und Süd-Kivu unter ihre Kontrolle. Seither übt sie in den von ihr kontrollierten Gebieten eine de facto-Herrschaft aus und untergräbt damit die Souveränität des kongolesischen Staates.



Karte der DR Kongo mit hervorgehobenen Provinzen, die besonders von der Eskalation der Gewalt in der Region betroffen sind.

Die M23 nahm im November 2021 – acht Jahre, nachdem sie von der kongolesischen Armee sowie einer Interventionstruppe der Mission der Vereinten Nationen für die Stabilisierung in der DR Kongo (MONUSCO) besiegt worden war – in Nord-Kivu den bewaffneten Kampf gegen die kongolesische Armee wieder auf. Sie begründete dies mit der unzureichenden Umsetzung eines Abkommens von 2013, insbesondere bei der Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Kämpfer:innen, sowie mit dem Schutz der Kinyarwanda-sprechenden[1] Bevölkerung im Ostkongo, vor allem der Gemeinschaft der Tutsi.

Ende 2023 schloss sie sich dann dem neu gegründeten Bündnis Kongofluss Allianz (AFC)[2] an und fungiert seither als dessen bewaffneter Arm. In der Folge weitete die AFC/M23[3] ihre Kontrolle auf große Teile der Territorien Rutshuru, Nyiragongo und Masisi aus – einschließlich wichtiger Bergbaugebiete.[4] Mehreren UN-Berichten zufolge erhält die M23 aktive Unterstützung

1 Kinyarwanda ist die Nationalsprache in Ruanda, wird aber auch von Teilen der Bevölkerung im Osten der DR Kongo gesprochen.
2 Die AFC wurde vom ehemaligen Vorsitzenden der Unabhängigen Nationalen Wahlkommission, Corneille Nangaa, ins Leben gerufen und verfolgt das Ziel die kongolesische Regierung zu stürzen.
3 Da die M23 als militärischer Arm der AFC agiert, während die AFC insbesondere politische Funktionen innerhalb des Bündnisses übernimmt, wird im folgenden Dossier die Abkürzung „M23“ synonym für „AFC/M23“ verwendet, insbesondere im militärischen Kontext.
4 Mit Rubaya kontrolliert die M23 seit April 2024 eine der größten Coltanminen in Nord-Kivu und erzielt laut UN-Expert:innen durch die Besteuerung des Handels mit Coltan monatlich Einnahmen von bis zu 800.000 US-Dollar. Vgl.: Giulia Paravicini & David Lewis, Inside the mine that feeds the tech world - and funds Congo's rebels [Im Inneren der Mine, die die Tech-Welt versorgt – und die Rebellen im Kongo finanziert], Reuters, 13.8.2025, https://www.reuters.com/investigations/inside-mine-that-feeds-tech-world-funds-congos-rebels-2025-08-13/ (abgerufen am 29.11.2025).

aus Ruanda in Form von Rekrutierung, Ausbildung und Ausrüstung – Vorwürfe, die die ruandische Regierung jedoch zurück weist. Sie behauptet, sie schütze Ruanda und die Tutsi-Gemeinschaften im Osten der DR Kongo lediglich vor den Demokratischen Kräften zur Befreiung Ruandas (FDLR), einer bewaffneten Gruppe, die mit dem Völkermord an den Tutsi von 1994 in Verbindung steht und bis heute im Ostkongo aktiv ist. Die kongolesische Regierung wiederum betrachtet die M23 als Terrorgruppe und schloss lange Zeit Verhandlungen mit ihr aus. Als Reaktion auf das Erstarken der M23 bildeten die kongolesischen Streitkräfte (FARDC) eine breite Koalition bestehend aus bewaffneten Gruppen, freiwilligen Kämpfer:innen, Söldnergruppen, sowie Truppen aus Burundi, der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) und der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (SADC). Die Koalition brachte jedoch ihre eigenen Herausforderungen mit sich und erwies sich gegenüber der M23 als unterlegen. Laut der kongolesischen Regierung unterstützt Ruanda die M23, um sich Zugang zu den reichhaltigen Rohstoffvorkommen im Osten der DR Kongo zu verschaffen. Politische Beobachter:innen gehen mehrheitlich davon aus, dass Ruanda seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss im Ostkongo sichern will.

Mit der großangelegten Offensive von Januar und der anschließenden Besetzung von Gebieten durch die AFC/M23 hat der Krieg einen neuen Höhepunkt erreicht. Mehrere Zehntausend Menschen haben ihr Leben verloren, bis zu 6,4 Millionen wurden – teilweise zum wiederholten Male – vertrieben. Damit zählt der M23-Konflikt zu einer der schwersten humanitären Krisen weltweit. UN-Berichten und Berichten von Menschenrechtsorganisationen zufolge haben alle Konfliktparteien schwere Menschenrechtsverbrechen verübt, darunter Hinrichtungen, Folter und Zwangsrekrutierungen sowie Gruppenvergewaltigungen und sexuelle Sklaverei. Zivilgesellschaftliche Akteure sind Repressionen ausgesetzt, einige von ihnen wurden umgebracht. Der Konflikt hat darüber hinaus zur Verschärfung eines Klimas der Intoleranz beigetragen – vor allem gegenüber den im Osten der DR Kongo lebenden Tutsi-Gemeinschaften.

Als Reaktion auf die Gewalteskalation haben die Vereinten Nationen (VN) sowie wichtige Geber Ruanda dazu aufgefordert, seine Unterstützung für die M23 einzustellen. Im Februar forderten die VN Ruanda erstmals zum Abzug seiner Truppen und zur Beendigung der Unterstützung der M23 auf. Der VN-Menschenrechtsrat richtete zudem eine Fact-Finding-Mission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in Nord- und Süd-Kivu ein. Parallel dazu erhöhten auch einige Geber den Druck: Die EU verhängte Sanktionen, Großbritannien suspendierte die bilaterale Zusammenarbeit, und Deutschland setzte neue Finanzzusagen aus.

Auch die zwischenzeitlich blockierten Vermittlungsbemühungen wurden wieder aufgenommen – überraschend unter Führung der USA und Katars. Ihnen gelang es die Konfliktparteien im Juni und Juli zur Unterzeichnung allgemeiner Vereinbarungen zu bewegen und Verhandlungsprozesse anzustoßen. Allerdings bleibt unklar, wie tragfähig die Prozesse tatsächlich sind. Dies umso mehr, als dass die Kämpfe zwischen der FARDC und ihren Verbündeten einerseits und der M23 andererseits – trotz laufender Verhandlungen – vor Ort unvermindert anhalten.

Neben der M23 operieren im Osten der DR Kongo zahlreiche weitere bewaffnete Gruppen. Dazu gehören unter anderem die Alliierten Demokratischen Kräfte (ADF) im Norden Nord-Kivus – die tödlichste Miliz der Region – sowie die Kooperative für Entwicklung im Kongo (CODECO) in Ituri an der Grenze zu Uganda. Beide sind für Gewaltexzesse, Vertreibungen und schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich und werden von der kongolesischen sowie seit Herbst 2021 auch von der ugandischen Armee bekämpft. Die ugandische Armee agiert dabei auf Einladung der kongolesischen Regierung. Obwohl der Kampf gegen die ADF und CODECO zunächst unabhängig vom M23-Konflikt erscheint, beeinflusst die ugandische Intervention diesen dennoch.

Die Gesamtsituation im Osten der DR Kongo ist komplex. Dieses Dossier bietet daher einen Überblick

über die aktuellen Entwicklungen und soll zugleich helfen, die Dynamiken besser zu verstehen und einzuordnen. Dabei werden auch Aspekte beleuchtet, die mitunter nicht so viel Beachtung finden. Der erste Beitrag von **Nene Morisho** zeichnet die Entwicklung des M23-Konflikts seit 2021 und seine Folgen für Bevölkerung und Zivilgesellschaft nach. **Josaphat Musamba** beleuchtet im zweiten Beitrag die Ausweitung des Konflikts auf die Provinz Süd-Kivu mit besonderem Blick auf die Rolle Burundis. **Reagan Miviri** beschreibt im dritten Beitrag den Einsatz der ugandischen Armee gegen die ADF und CODECO. **Ithiel Batumike** analysiert im vierten Beitrag die innenpolitischen Auswirkungen der Gewalteskalation auf die DR Kongo. Abschließend beschreibt **Onesphore Sematumba** die Vermittlungsbemühungen und bewertet die Erfolgsaussichten der bestehenden Initiativen.

1. DIE ENTWICKLUNG DES M23 KONFLIKTS SEIT DER WIEDERAUFNAHME DER KAMPFHANDLUNGEN IM JAHR 2021

Von Nene Morisho[1]

Der Osten der DR Kongo durchlebt – wie die Region der Großen Seen – zum erneuten Male eine schwere Krise, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Die Wurzeln des Konflikts gehen auf den Ersten Kongokrieg im Jahr 1996 zurück. Seitdem hat der Osten der DR Kongo Phasen der Ruhe und Ausbrüche von Gewalt erlebt. Die aktuelle Offensive der M23 kann jedoch als eine der tödlichsten Phasen der letzten Jahrzehnte gelten.

Die Gründung der M23 im Jahr 2012 geht auf eine Rebellion von Kämpfer:innen einer mehrheitlich aus Tutsi zusammengesetzten bewaffneten Gruppe zurück, die seit 2006 in den Provinzen Nord- und Süd-Kivu aktiv war: dem Nationalrat zur Verteidigung des Volkes (CNDP). Nach der Unterzeichnung einer Vereinbarung mit der kongolesischen Regierung am 23. März 2009 wurde der CNDP in eine politische Partei umgewandelt und ein Teil seiner Kämpfer:innen in die kongolesische Armee eingegliedert. Doch 2012 kam es zum Aufstand der CNDP-Truppen: Sie beschuldigten die Regierung, sich nicht an die Vereinbarungen gehalten zu haben. In Anspielung auf dieses Datum gab sich die Rebellenbewegung den Namen „Mouvement du 23 mars“ (Bewegung 23. März), kurz M23.

Nach einer Zeit relativer Zurückhaltung griff die M23 wieder zu den Waffen. Ende des Jahres 2021 verschärfte sich der Konflikt, ab 2024 eskalierte er weiter und trat in eine noch gewalttätigere Phase ein. Im Jahr 2023 schloss sich das politisch-militärische Bündnis mit der M23 zur AFC/M23 zusammen, gewann an Stärke und war in der Lage, große Gebiete in Nord- und Süd-Kivu zu erobern. Die humanitären Folgen sind verheerend: Seit März 2022 wird die Zahl der Binnenvertriebenen aus diesen beiden Provinzen auf etwa 4,6 Millionen geschätzt.[2] Beobachter:innen sind der Auffassung, dass der Konflikt die Region stärker in Mitleidenschaft gezogen hat als drei Jahrzehnte voller Plünderungen und Übergriffe durch verschiedene bewaffnete Gruppen und Armeeeinheiten.[3]

Trotz der offenkundigen Schwäche ihrer regulären Armee hielt die kongolesische Regierung an ihrer Haltung fest: keine Verhandlungen mit den „Rebellen“ der M23. Diese harte Linie trug zum Verlust zahl-

1 Nene Morisho ist leitender Forscher und Koordinator des Pole Institute, einem aktionsorientierten Forschungsinstitut mit Sitz in Goma im Osten der DR Kongo. Er verfügt über mehr als zehn Jahre Erfahrung im Bereich der Friedenskonsolidierung, einschließlich Konfliktprävention und -management, Zusammenhänge zwischen Konflikten und natürlichen Ressourcen in der Region der Großen Seen sowie institutionelle und regulatorische Fragen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Bergbausektor.
2 Vgl. UNHCR, DR Congo emergency, o.D., https://www.unhcr.org/emergencies/dr-congo-emergency (abgerufen am 06.10.2025).
3 Raphaël Granvaud, Prise de Goma par le M23, et après? [Die Eroberung Gomas durch die M23, und jetzt?], Contretemps. Revue de critique communiste, 22.02.2025, https://www.contretemps.eu/rdc-goma-m23-rwanda-guerre (abgerufen am 20.11.2025).

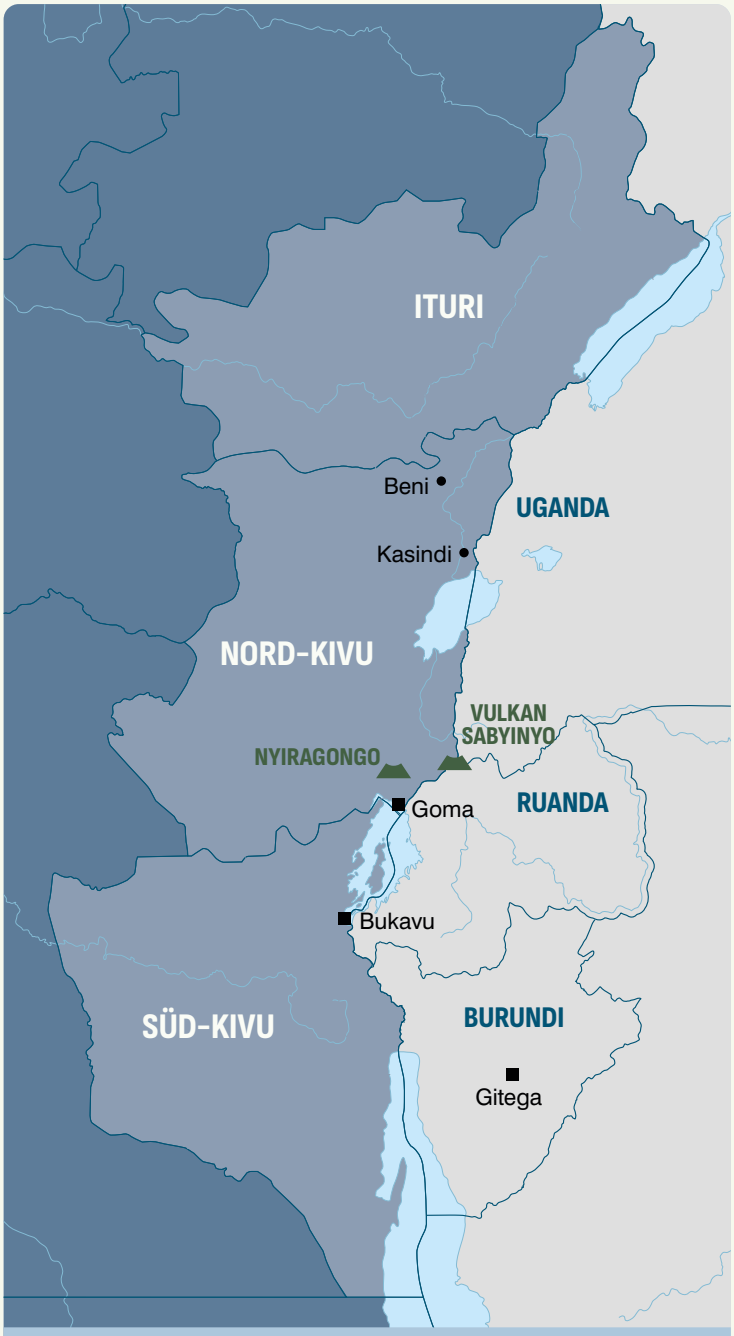
reicher Gebiete und zum Anstieg der Zahl der Opfer bei, was den Konflikt weiter verkomplizierte. Vor Ort prägen mehrere Dynamiken die bewaffneten Auseinandersetzungen. Sie erschüttern das Leben der Zivilbevölkerung grundlegend, vor allem in den Gebieten, in denen die AFC/M23 die Kontrolle übernommen hat. Diese Entwicklungen stellen die Konfliktparteien, die Bevölkerung und die Zivilgesellschaft vor eine Reihe von Herausforderungen.

1. DYNAMIKEN AN DEN FRONTLINIEN

Seit Beginn der Feindseligkeiten 2021 kommt schwere Artillerie in dicht bevölkerten Gebieten zum Einsatz. Die M23 verfolgt eine militärische Strategie, die auf Offensive setzt, und von einem defensiven, propagandistischen Diskurs begleitet wird. Gleichzeitig nutzt die M23 laut dem Sicherheitsexperten Paul Nantulya „unter anderem Boden-Luft-Raketen, Kampfdrohnen und schwere Artillerie als Waffen“[4], was auf die externe Unterstützung eines Staates hindeutet. Als Antwort setzen die FARDC und die mit ihr verbündeten Wazalendo[5] ebenfalls schwere Artillerie ein. Während solche asymmetrischen Taktiken eigentlich dazu gedacht sind, den gegnerischen Vormarsch aufzuhalten, führten sie in diesem Fall zu vielen zivilen Opfern und verschlimmerten die humanitäre Lage.

An den Frontlinien geht die Kontrolle umkämpfter Gebiete nach einer Offensive immer mal wieder von einem Lager an das andere über. Dabei erweist sich die militärische Strategie der M23 als wesentlich effizienter als die der FARDC: So konnte sie ihren Einfluss in mehreren Gebieten verfestigen. Zudem eroberte sie, ohne große Schwierigkeiten weitere Teile Nord-Kivus, was die kongolesische Armee materiell schwächte und als ordnungsstiftende Kraft in Frage stellte.

Darüber hinaus birgt die Anwesenheit von ausländischen Truppen, vor allem jene der SADC und der burundischen Streitkräfte (FDNB), das Risiko einer regionalen Ausweitung des Konflikts. 2022 hatte Kinshasa der Entsendung von Truppen der EAC nach Nord-Kivu zugestimmt. Während die Truppen der EAC vor allem die Einhaltung eines Waffenstillstands überwachen und sicherstellen sollten, verfolgte Kinshasa den Plan, mit ihnen die M23-Rebellen zu bekämpfen. Diese voneinander abweichenden Ziele veranlasste Kinshasa schon bald, den Abzug der EAC-Truppen zu fordern. An ihre Stelle traten Kräfte der SADC, die in der SADC-Mission in der DR



Karte von den Provinzen Ituri, Nord- und Süd-Kivu im Osten der DR Kongo.

4 Paul Nantulya, Risque de conflit régional suite à la chute de Goma et à l’offensive du M23 en RDC [Gefahr eines regionalen Konflikts nach der Einnahme von Goma und der Offensive der M23 in der DR Kongo], Centre d’études stratégiques de l’Afrique, 06.02.2025, https://africacenter.org/fr/spotlight/risque-de-conflit-regional-suite-a-la-chute-de-goma-et-a-loffensive-du-m23-en-rdc/ (abgerufen am 25.11.2025).

5 Der Begriff „Wazalendo“ bedeutet „Patriot“ auf Swahili. Es handelt sich dabei um eine Gruppierung von Angehörigen lokaler Milizen, die vor dem Aufkommen der M23 gegen die FARDC Krieg führten und sich seit Jahren untereinander oftmals wegen wirtschaftlicher Interessen bekämpfen. Nach der Rebellion der M23 schlossen sich diese Milizen zusammen, um die FARDC im Krieg gegen die M23 zu unterstützen.

Kongo (SAMIRDC) zusammengeführt wurden. Trotz dieser Bemühungen gelang es nicht, die Einnahme der strategisch wichtigen Städte Goma und Bukavu durch die M23 zu verhindern. Die Eroberung Gomas war besonders folgenreich: 13 südafrikanische Soldat:innen der SAMIRDC kamen dabei ums Leben, was zu diplomatischen Spannungen zwischen Südafrika und Ruanda führte. Am Ende zogen sich auch die Truppen der SAMIRDC von kongolesischem Boden zurück.

Außerdem sind im nördlichen Teil der Provinz Nord-Kivu sowie in Ituri Truppen der ugandischen Armee (UPDF) mit dem Kampf gegen die bewaffnete Gruppe der ADF betraut. Nach offiziellen Angaben der ugandischen Regierung verfolgen sie das Ziel, die von der ADF ausgehenden Bedrohung für Uganda einzuhegen. Diese Strategie zeigt teilweise Wirkung, vermag die Gefahren jedoch nicht vollständig zu beseitigen: Die ADF begehen weiterhin Massaker an der kongolesischen Zivilbevölkerung in Nord-Kivu und Ituri.

Schließlich ist auch noch Burundi in den Konflikt verwickelt. Das Land rechtfertigt seine Militärpräsenz ebenfalls mit dem Argument, das eigene Land schützen zu müssen. All dies macht die regionale Reichweite des Konflikts deutlich.

2. PARALLELVERWALTUNG UND DIE EINSCHRÄNKUNG VON FREIHEITSRECHTEN

In den von der M23 besetzten Gebieten wird die Bevölkerung stark drangsaliert. Die Rebellenbewegung hat eine parallele Zivilverwaltung eingerichtet, die sowohl das örtliche Steuerwesen als auch den grenzüberschreitenden Handel kontrolliert. Wenngleich diese Strukturen manche Aktivität erleichtern, stellen sie vor allem eine Zwangsverwaltung dar: Die durch den Krieg ohnehin in Mitleidenschaft gezogene Bevölkerung gerät so auch in wirtschaftlicher Hinsicht stark unter Druck.

In den sogenannten „befreiten Zonen“ herrscht ein Klima der Angst: Willkürliche Verhaftungen und Entführungen bestimmen den Alltag der Bevölkerung. Auch die Maßnahmen der kongolesischen Regierung wie Bankenschließungen oder die Nichtanerkennung von Reisedokumenten, die von der M23 ausgestellt wurden, haben starke Auswirkungen auf die Menschen. Viele Bewohner:innen halten diese Maßnahmen für ähnlich fatal wie die militärische Gewalt. Wie eine in Kasindi angetroffene Händlerin berichtet:

> *„Ich bin gerade aus Goma hier angekommen. Die Generaldirektion für Migration hat meinen Antrag abgewiesen und tut fast so, als hätte ich diesen Ersatzausweis[6] selbst ausgestellt. Dabei muss ich reisen, um meine Familie zu versorgen und das Schulgeld meiner Kinder zu bezahlen. Ich hatte keine andere Wahl, als das von den de facto-Behörden in Goma ausgestellte Dokument anzunehmen. Wenn die Regierung nicht in der Lage ist, diese Situation zu beenden, dann sollte sie zumindest aufhören, uns deswegen zu drangsalieren. Oder dient der Konflikt nur dazu, uns Probleme zu bereiten, die sie dann nicht lösen können? Überall leben wir in Unsicherheit, in Goma genauso wie hier.“*[7]

Aussagen wie diese zeigen, dass die Bevölkerung zurzeit stark verunsichert ist. Auch Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen werden in ihrer Arbeit massiv behindert und gezwungen, ihre Aktivitäten stark einzuschränken. So wird immer wieder über Einschüchterungen berichtet: Bereits die Anschuldigung, man habe Kontakte zu den Provinzbehörden von Beni[8] oder zur Zentralverwaltung in Kinshasa, kann zu einem persönlichen Risiko werden.

Während der Bedarf der Bevölkerung an sozialer und humanitärer Hilfe wächst, bleibt der Zugang zu den von den Rebellen kontrollierten Gebieten sogar für Hilfsorganisationen eingeschränkt. Die Verantwort-

6 Dieser Passersatz („Tenant Lieu“) ist ein Reisedokument, den die Generaldirektion für Migration der DR Kongo Personen ausstellt, die über keinen Pass verfügen, und der ihnen erlaubt, in einige Nachbarländer zu reisen, namentlich nach Ruanda, Burundi, Kenia, Uganda und Tansania.
7 Aussage vom 17. Juli 2025 in Kasindi, Nord-Kivu.
8 Seit der Einnahme von Goma durch die M23 ist Beni die Provinzhauptstadt von Nord-Kivu.

liche des UN-Welternährungsprogramms (WFP) für den Osten der DR Kongo schlägt deshalb Alarm, die Möglichkeit der Bevölkerung, ihren Lebensunterhalt zu sichern, sei stark gefährdet, da die ohnehin kritische Versorgungslage mit Lebensmitteln sich noch weiter verschärft hat. Immer mehr Menschen gerieten deshalb in existentielle Versorgungsnotlagen und man müsse mit Todesfällen rechnen.

3. HERAUSFORDERUNGEN IM KONTEXT DER KONFLIKTENTWICKLUNG

Die aktuellen Dynamiken des Konflikts bringen vor Ort erhebliche Herausforderungen mit sich. Diese Herausforderungen sind sowohl bei den verschiedenen Akteuren – bewaffnete Gruppen, lokale und staatliche Behörden – als auch innerhalb der Zivilgesellschaft und der gesamten Bevölkerung spürbar.

Für die kongolesische Regierung wird die Schwäche der FARDC zunehmend zu einem Problem: Die kongolesische Armee ist intern gespalten und zudem äußerst korrupt. Darüber hinaus ist sie auf die Unterstützung der schwer kontrollierbaren Wazalendo-Gruppen angewiesen. In der Bevölkerung schwindet das Vertrauen in sie mehr und mehr. Außerdem fordern die Feindseligkeiten einzelner Wazalendo-Gruppen immer wieder auch zivile Opfer, was die Glaubwürdigkeit der kongolesischen Regierung auch auf internationaler Ebene erschüttert.

Die strikten Maßnahmen, die die Regierung in Kinshasa ergriffen hat und die mitunter auch die unschuldige Bevölkerung treffen, laufen der erklärten Absicht zuwider, die Einheit des Landes und den nationalen Zusammenhalt zu stärken. Der Rückgriff auf ausländische Armeen, insbesondere aus Uganda und Burundi, zeigt deutlich, dass Kinshasa nicht dazu in der Lage ist, den Schutz der eigenen Bevölkerung zu gewährleisten. Die Abhängigkeit von ausländischen Akteuren untergräbt die Glaubwürdigkeit der kongolesischen Regierung und schwächt die gesellschaftliche Unterstützung für ihre Friedensbemühungen.

Jenseits ihrer militärischen Stärke gilt die M23 weiterhin als ausländische Akteurin, die zugunsten der expansionistischen Interessen Ruandas und der Ausbeutung der Ressourcen der DR Kongo handelt. Selbst in den von ihr kontrollierten Gebieten begegnet ihr die Bevölkerung mit Skepsis. Ohne eine breite gesellschaftliche Unterstützung dürfte es der M23 langfristig schwerfallen, sich dauerhaft zu etablieren oder politische Anerkennung zu erlangen.

Wegen seiner Unterstützung der M23 geriet Ruanda immer stärker unter internationalen Druck und wurde mit Sanktionen belegt. Das Land steht nun diplomatisch isoliert da. Aus diesem Grund vermeidet Ruanda mittlerweile, die M23 offen zu unterstützen. Dies kann sich durchaus auf die Organisation und die Aktionen der Rebellenbewegung in der DR Kongo auswirken.

Die Truppenstärke der M23 schürt darüber hinaus Zweifel daran, dass sie die weitläufigen Gebiete, die sie besetzt hält, wirksam verwalten oder gar ihre Kontrolle weiter ausdehnen kann. So stellt sich die Frage, wie die M23 – wie von ihr behauptet – ohne ausreichende militärische und polizeiliche Kräfte die Sicherheit und den Schutz der unter ihrer Verwaltung stehenden Bevölkerung gewährleisten kann.

Festzuhalten ist, dass die Bevölkerung stark unter der aktuellen Lage leidet. Den Binnenvertriebenen fehlt es an ausreichender humanitärer Unterstützung, während die Zivilbevölkerung wiederholten nächtlichen Angriffen, täglichen Gewalttaten und Mobilitätseinschränkungen ausgesetzt ist, die mit dem Fehlen von sowohl national als auch international anerkannten Reisedokumenten zusammenhängen. Hinzu kommen sexuelle und verbale Gewalt vor allem gegen Frauen und minderjährige Mädchen, gesellschaftliche Verelendung, der Zusammenbruch der lokalen Wirtschaft, ein beunruhigender Anstieg von Hassrede, die Zwangsrekrutierung von Kindern und zahlreiche Fälle schwerer Menschenrechtsverletzungen.

Sowohl in den Gebieten unter der Kontrolle der M23 als auch in den von Kinshasa kontrollierten Teilen

Eine vertriebene Frau steht dort, wo zuvor ihr Zelt war, bevor sie ihre Habseligkeiten packt, um das Camp von Bulengo zu verlassen und in ihr Dorf zurückzukehren – wenige Tage nach der Einnahme von Goma durch M23-Rebellen in Nord-Kivu im Osten der DR Kongo, 12.02.2025.

Nord- und Süd-Kivus werden Journalist:innen, Medienvertreter:innen, Aktivist:innen von Bürgerbewegungen und Gemeindevertreter:innen Opfer von Einschüchterung und willkürlichen Verhaftungen. Unabhängige Stimmen verstummen in einem Klima, in dem sich die Menschen aufgrund der herrschenden Propaganda einer Selbstzensur unterwerfen, um zu überleben. In dieser Atmosphäre der Angst und des gegenseitigen Misstrauens erscheint jeder Ausblick auf echten offenen Dialog utopisch oder zumindest unrealistisch. Die Bevölkerung misstraut dem Staat genauso wie den angeblichen Befreiern der M23, die sie als manipulative Akteure wahrnimmt, die in erster Linie die eigenen Interessen verfolgen.

4. FAZIT

Die Entwicklung des M23-Konflikts hat zu einer vielschichtigen Eskalation geführt, die lokale, nationale, regionale und internationale Akteur:innen auf verschiedenen Ebenen auf den Plan gerufen hat. An den Frontlinien behauptet die M23 ihre Positionen und zeigt eine strategische und militärische Überlegenheit. In den besetzten Gebieten herrschen administrative Zwangsmaßnahmen und ein Klima der Angst innerhalb der Bevölkerung. Auf kongolesischer Seite wirkt die Armee geschwächt und erschöpft. Die sporadischen Zusammenstöße zwischen der FARDC und den mit ihr verbündeten Wazalendo schaden dem Ansehen Kinshasas und befeuern die Propaganda der M23.

Trotz der laufenden Vermittlungsbemühungen und Verhandlungen gibt es bislang kein Anzeichen für ein baldiges Ende dieser Krise, die die Zivilbevölkerung so massiv in Mitleidenschaft zieht. Es liegt auf der Hand, dass Gewalt und militärische Mittel nicht zur Lösung des Konflikts beitragen konnten – ganz im Gegenteil. Die anhaltenden Kämpfe drohen den Kreislauf der Gewalt weiter zu verschärfen und die Friedensprozesse zu gefährden, die von Washington über die regionalen Bemühungen bis hin nach Doha angestoßen wurden.

2. DIE SICHERHEITSLAGE IN SÜD-KIVU: ZUSAMMENSTÖSSE, VERTREIBUNGEN UND DAUERHAFTE INSTABILITÄT

Von Josaphat Musamba[1]

Nach der Eroberung der strategisch wichtigen Ortschaften Kalehe-Centre und Kavumu übernahmen die AFC und die M23 im Februar 2025 die Kontrolle über Bukavu, die Hauptstadt der Provinz Süd-Kivu. Am Vortag der Offensive hatten sich die FARDC zurückgezogen, um einen Zusammenstoß mit den Rebellen und ein anschließendes Blutbad zu vermeiden. Damit war die Armee auch einem Appell des Erzbischofs von Bukavu, François Xavier Maroy, gefolgt.[2] Nach der Einnahme von Bukavu dehnte die M23 ihren Einfluss rasch in Richtung des angrenzenden Territoriums Kabare sowie auf weitere Gebiete aus. Der M23 nahestehenden Beobachter:innen zufolge hätte Ruanda damit mehrere seiner strategischen Ziele erreicht.[3]

Wie lässt sich die Sicherheitslage im Süd-Kivu mehrere Monate nach der Einnahme von Bukavu beschreiben? Die Provinz erstreckt sich über 64.791 Quadratkilometer, zählt an die 6,2 Millionen Einwohner und grenzt an Ruanda, Burundi und Tansania. Das kosmopolitische Süd-Kivu ist Heimat vieler ethnischer Gruppen. Die Wirtschaft der Provinz beruht auf Landwirtschaft, Viehzucht und der Ausbeutung von Rohstoffen, die humanitäre Lage aber ist außerordentlich besorgniserregend. Im Jahr 2021 brach der Konflikt zwischen der kongolesischen Regierung und den Rebellen der M23 erneut aus und breitete sich nach und nach auf den Süd-Kivu aus. Über die beiden Hauptparteien hinaus sind weitere Akteur:innen involviert, was die Sicherheitslage erheblich verkompliziert. An der Seite Kinshasas kämpft Burundi gegen burundische Rebellengruppen, die in den Bergen des Süd-Kivu Unterschlupf gefunden haben. Dem gegenüber steht Ruanda, das der M23, aber auch den Banyamulenge-Milizen[4] entscheidende militärische und logistische Ausrüstung liefert. Außerdem beschuldigt Ruanda Kinshasa immer wieder, mit den FDLR zusammenzuarbeiten. Diese sieht Ruanda als direkte Bedrohung der eigenen nationalen Sicherheit an. In Wirklichkeit ist es Ruanda gelungen, seine militärische Präsenz im Ostkongo vor allem mittels der M23 zu konsolidieren.

In seiner Rhetorik stellt sich Kigali als Beschützer der Tutsi in der DR Kongo und in Burundi dar. Doch seine militärischen Interventionen verschärfen die humanitäre Krise weiter und verletzen immer wieder den kongolesischen Luftraum. Diese regionale Verstrickung verschärft einen bereits länger bestehenden Konflikt: den Gegensatz zwischen den Banyamulenge und anderen Bevölkerungsgruppen im Süd-Kivu. Letztere sprechen den Banyamulenge das Recht ab im Süd-Kivu zu leben, und prangern die Ermordung ihrer politischen Führer, Viehdiebstähle, das Niederbrennen von Dörfern sowie Massenvertreibungen an. Auf Grundlage dieser Vorwürfe ziehen sie die kongolesische Identität der Banyamulenge in Zweifel.

Entstanden ist ein Teufelskreis der Gewalt: Zwar ist es den Banyamulenge gelungen, die Bembe, Fuliru und Vira aus einigen Dörfern zu vertreiben, doch sie selbst werden andernorts Opfer von Vergeltungsmaßnahmen. Hinzu kommt, dass Kommandos der ruandischen Armee (RDF) und von M23-Kämpfer:in-

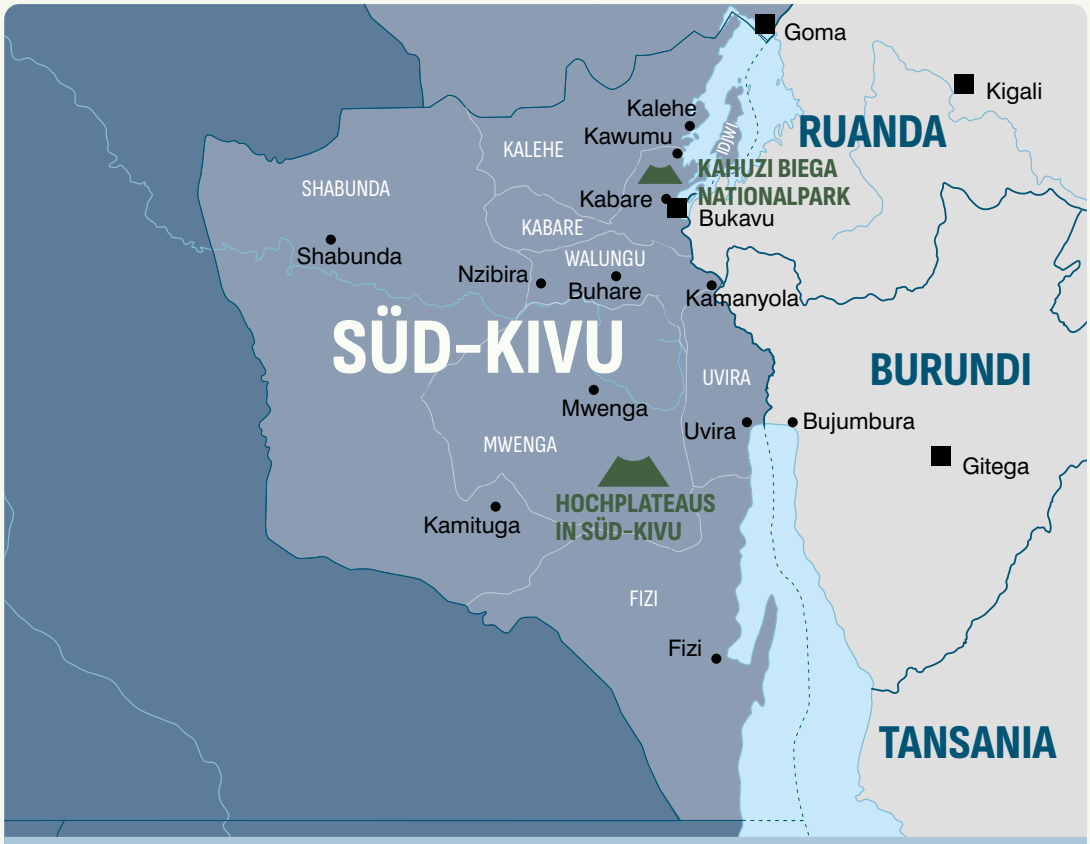
1 Josaphat Musamba ist Doktorand an der Universität von Gent, Forscher in der Groupe d'Etudes sur les Conflits et la Sécurité Humaine (GEC-SH) am Institut Supérieur Pédagogique von Bukavu und Lehrbeauftragter am Institut Supérieur de Développement Rural (ISDR) in Mbandaka. Er befasst sich mit Sicherheitspraktiken, Bürgerkriegen und der Ausbeutung natürlicher Ressourcen sowie dem Demobilisierungsprogramm im Osten der DR Kongo.

2 Vgl. Josaphat Musamba, Réalignement des Twirwaneho/Banyamulenge et relecture du contexte socio-sécuritaire dans les hauts plateaux d'Uvira, de Fizi & Mwenga [Die Neuausrichtung der Twirwaneho/Banyamulenge und die Neubewertung der sozialen Sicherheitslage in den Hochplateaus von Uvira, Fizi und Mwenga], Nuru Grand Lac, 2025, https://nuru-grandlac.be/realignement-des-twirwaneho-banyamulenge-et-relecture-du-contexte-socio-securitaire-dans-les-hauts-plateaux-duvira-de-fizi-mwenga (abgerufen am 20.11.2025).

3 Vgl. Alex Nvuka, Les dessous des relations troubles entre la RDC et le Rwanda [Die Hintergründe der angespannten Beziehungen zwischen der DR Kongo und Ruanda], Burundi Daily, 03.02.2025, https://www.burundidaily.net/post/les-dessous-des-relations-troubles-entre-la-rdc-et-le-rwanda (abgerufen am 20.11.2025).

4 Die Banyamulenge sind eine Gemeinschaft, die hauptsächlich in Süd-Kivu lebt und deren Vorfahren aus dem heutigen Ruanda stammen. Aus diesem Grund werden sie gemeinhin der Tutsi-Gemeinschaft zugerechnet.

nen in ihren Gebieten eingetroffen sind. Dies schürt die Feindseligkeit ihnen gegenüber weiter und verstärkt die negative Wahrnehmung einer „Annäherung“ an Kigali. Als die Banyamulenge die kongolesische Armee zurückdrängten und die Ortschaft Minembwe-Centre einnahmen, führte dies gar zu einer verstärkten Luftüberwachung durch aus Ruanda stammenden CH4-A-Drohnen.



Karte von der Provinz Süd-Kivu im Osten der DR Kongo.

Seit der Expansion der AFC/M23 in den Süd-Kivu ist die Provinz in zwei Teile geteilt: Ein Teil wird von den Aufständischen verwaltet, der andere durch den Gouverneur Jean-Jacques Purusi und seine Provinzregierung. Zwischen den beiden Teilen verläuft eine Demarkationslinie mit militärischen Posten und Pufferzonen, in denen es permanent zu Kämpfen kommt – was die Situation besonders kritisch macht.

Vor diesem Hintergrund haben die DR Kongo und Burundi ihre militärische Kooperation verstärkt. 2022 gründete die DR Kongo zusammen mit der FDNB das Task Force Kommando (TAFOC), das burundische bewaffnete Gruppen in der DR Kongo aufspüren soll. Am Boden sind FARDC und FDNB regelmäßig mit Angriffen der M23 und der Banyamulenge konfrontiert. Viele Kongoles:innen und Anhänger:innen des burundischen Regimes von Évariste Ndayishimiye erachten die militärische Zusammenarbeit zwischen der DR Kongo und Burundi denn auch als letzte Rettung; gleichzeitig verstärkt sie die regionalen Rivalitäten zwischen Burundi und Ruanda und heizt die lokalen Spannungen weiter an. Die Gleichung ist also komplex: Hinter einer Auseinandersetzung, die sich zwischen zwei Akteuren – dem kongolesischen Staat und der AFC/M23 – abzuspielen scheint, tun sich weitere ethnische, regionale und wirtschaftliche Konfliktlinien auf.

1. EINE VON GEWALT GEPRÄGTE GESELLSCHAFTSORDNUNG

In den Monaten nach der Eroberung von Bukavu verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung des Süd-Kivu rapide. Ein gescheitertes Attentat auf den Anführer der AFC, Corneille Nangaa, sowie Anschläge in Walungu, Kabare und Kalehe dienten den Rebellen als willkommener Vorwand, ein autoritäres Regime aus Gewalt und Zwangsmaßnahmen in den von ihnen kontrollierten Gebieten zu errichten.

Die Rebellen intensivierten in der Folge ihre militärischen Angriffe auf die Wazalendo, insbesondere im süd-westlich von Bukavu gelegenen Walungu und in der Umgebung des Nationalparks von Kahuzi-Biega. In Walungu übernahmen die Rebellen die Kontrolle des Hauptortes und dehnten ihren Einflussbereich weiter auf Kamanyola und Burhale sowie jüngst auch auf Nzibira und Mayimingi im Territorium

Shabunda aus. Jede einzelne Eroberung hatte massive Vertreibungen der Zivilbevölkerung zur Folge.

In Bukavu täuscht die scheinbare Ruhe über eine Zunahme der städtischen Kriminalität hinweg, die das Ansehen der „Revolutionäre“ trotz verstärkter Sicherheitsmaßnahmen beschädigt. Hinzu kommen Übergriffe: Offenbar plünderten Mitglieder der M23 mehrere Erzaufarbeitungsanlagen, darunter eine Anlage von Congo Jia Xin. Zur gleichen Zeit errichteten sie verpflichtende Kontrollen und zwangen die Bevölkerung, sich entweder dem neuen Regime unterzuordnen oder zu fliehen. Manche brachte die Angst zum Schweigen, andere verloren ihr Leben.

Tatsächlich bleibt die Sicherheitslage in den von den Rebellen kontrollierten Gebieten instabil. Die Rebellen haben Schwierigkeiten, die Hochplateaus von Mwenga und Kalehe unter ihre Kontrolle zu bringen. Gleichzeitig profitieren sie davon, dass sich ihnen die Twirwaneho[5] angeschlossen haben. Auch wenn die M23 mehr Kämpfer:innen rekrutiert hat, hat sie vor allem eine „ideologisierte Polizei“ eingesetzt, die damit beauftragt ist, eine öffentliche Ordnung nach den Regeln der Bewegung herzustellen und durchzusetzen.

2. TERRITORIALE EXPANSION UND BEWAFFNETE ZUSAMMENSTÖSSE

Außerhalb von Bukavu, das zur Provinzhauptstadt der Rebellen geworden ist, und von Uvira, das unter der Gewalt der Regierung ist, gliedert sich Süd-Kivu in acht Territorien. Abgesehen von der Insel Idjwi erleben alle ein instabiles Nebeneinander zwischen der M23, den Regierungstruppen und deren jeweiligen Verbündeten.

Seit mehreren Monaten kommt es vermehrt zu militärischen Zusammenstößen. Grund dafür sind die Gebietsgewinne der M23, aber auch interne Rivalitäten unter den Wazalendo-Gruppen sowie häufige Zusammenstöße zwischen den Wazalendo und den kongolesischen Regierungstruppen. In Walungu, in den groupement genannten Zonen von Mulamba (Nzibira, Kankinda und Nyamarhege), sowie in Karembu führten die Kämpfe zwischen Aufständischen und kongolesischen Truppen, unterstützt von Wazalendo, zur Flucht von rund 130.000 Menschen in Richtung Fizi und Mwenga.[6] Weitere bewaffnete Auseinandersetzungen wurden aus der Umgebung von Kaziba und Lubumba gemeldet.

Im Territorium Kalehe kämpft die M23 gegen die Kongolesische Bewegung für die Verteidigung der nationalen Integrität (MCDPIN), aber auch gegen Batembo- und Hutu-Milizen. Diese Kämpfe verschärfen die Sicherheitslage und haben weitere Vertreibungen zur Folge. In Uvira, Kamituga und Shabunda fanden bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen FARDC-Truppen und Wazalendo-Gruppen statt. Außerdem eskalierte die Lage bei Protesten gegen die Wiedereinsetzung eines hohen FARDC-Offiziers, des Brigadegenerals Olivier Gasita. Dabei wurden mehrere Demonstrant:innen verletzt. In Mwenga streiten rivalisierende Wazalendo-Gruppen um die Steuerhoheit und die Kontrolle von Straßensperren. In Dörfern wie Tubimbi brach die Sicherheitslage völlig zusammen, obwohl versucht worden war, den Verkehr zwischen den Rebellengebieten sowie den Gebieten unter der Kontrolle der Wazalendo zu regulieren. Ebenfalls angespannt bleibt die Situation in Uvira, Fizi und Mwenga, wo mit den M23 verbündete Banyamulenge-Kämpfer:innen der Republikanischen Bewegung für die Würde des Volkes (MRDP/Twirwaneho) mehrere Gemeinschaften ins Exil oder in die Binnenvertreibung zwangen. In der Umgebung von Bigaragara und Rugezi bestimmen die Auseinandersetzungen zwischen den Wazalendo und ihren Gegnern bereits das tägliche Leben.[7] Schließlich beschloss die M23 im besetzten Territo-

5 Die Twirwaneho sind eine lokale Selbstverteidigungsgruppe, die aus Banyamulenge-Kämpfer:innen besteht. Sie wurden 2008 gegründet um die Banyamulenge und ihr Vieh gegen Angriffe von Mai-Mai-Gruppen (Wazalendo) zu verteidigen. Seit der Einnahme von Bukavu firmieren die Twirwaneho als Republikanische Bewegung für die Würde des Volkes (MRDP/Twirwaneho). Sie sind seither mit der M23 verbündet.

6 Vgl. UN-OCHA, RD Congo: Situation humanitaire dans la province du Sud-Kivu [DR Kongo: Humanitäre Lage in der Provinz Süd-Kivu], Rapport de situation [Lagebericht] #7, 20.08.2025, https://www.unocha.org/publications/report/democratic-republic-congo/rd-congo-situation-humanitaire-dans-la-province-du-sud-kivu-rapport-de-situation-7-20-aout-2025 (abgerufen am 20.11.2025).

7 Josaphat Musamba et al., Sud-Kivu: l'exploitation aurifère au cœur des conflits ethniques [Süd-Kivu: Der Goldabbau im Zentrum ethnischer Konflikte], Nuru Grand Lac, 11.11.2025, https://nuru-grandlac.be/sud-kivu-quand-lor-attise-les-rivalites-ethniques-enquete-sur-lheritage-explosif-de-transafrika-drc/ (abgerufen am 20.11.2025).

rium Kalehe, Kämpfer:innen anzuwerben, die zuvor gegnerischen Milizen angehörten.

3. BURUNDIS MILITÄRISCHES ENGAGEMENT IM OSTKONGO

Das Engagement der burundischen Armee in der DR Kongo lässt sich in erster Linie dadurch erklären, dass sie bereits seit einigen Jahren gegen burundische Milizen vorgeht, die sich im Kongo verschanzt haben. Nach mehreren illegalen Grenzübertritten wurde im August 2022 ein formelles militärisches Kooperationsabkommen zwischen Burundi und der DR Kongo geschlossen. Die bewaffneten Gruppen mit Ursprung in Burundi hatten ihre Rückzugsbasen in den kongolesischen Bergen eingerichtet und sich teilweise aus politischen oder strategischen Gründen mit lokalen Gewaltakteuren verbündet.

Neben der Bekämpfung burundischer Milizen beteiligt sich die FDNB heute an der militärischen Eindämmung der M23. Trotz wiederholter Anschuldigungen – illegale Ausbeutung von Rohstoffen, Verletzung der Menschenrechte bis hin zum „Völkermord“ an den Banyamulenge – wird ihre Rolle bei der Sicherung der Grenzgebiete weiterhin als entscheidend angesehen.

Darüber hinaus beteiligt sich die FDNB auch an Initiativen zur Förderung des ethnischen Zusammenhalts. In Kigoma organisierte sie Begegnungen zwischen den Ältesten der Fuliru- und Banyamulenge-Gemeinschaften, ohne jedoch nennenswerte Ergebnisse zu erzielen. In Fizi bemühen sich die burundischen Truppen im Dorf Mulima eine neutrale Haltung zu wahren. Dort beobachten sie die Twirwaneho und andere bewaffnete Gruppen, ohne Partei zu ergreifen. Selbst wenn sie bisweilen die Exzesse der Wazalendo gegen die Banyamulenge kritisieren, bleibt ihre Präsenz für die relative Stabilisierung bestimmter Grenzregionen zwischen der DR Kongo und Burundi unerlässlich.

4. NEUE DYNAMIKEN UND IHRE FOLGEN

Die Präsenz der M23 und ihre Allianz mit den Banyamulenge haben in der Provinz Süd-Kivu neue Dynamiken in Gang gesetzt, mit klar erkennbaren Entwicklungen und Folgen. Erstens ist eine Zunahme des

Wazalendo-Kämpfer auf einer Stellung der Kibumba-Achse im Gebiet Nyiragongo nördlich von Goma im Jahr 2024.

ethnischen und politischen Hasses zu beobachten: gegen Tutsi, gegen Banyamulenge, gegen Ruanda und gegen die M23. Die Wazalendo und andere kongolesische Widerstandsgruppen befürchten eine Form der Besatzung, die mit der des Kongolesischen Zusammenschlusses für Demokratie (RCD) von 1998 bis 2003 vergleichbar ist. Um sich vor der M23 zu schützen, haben sich bestimmte Gruppen insbesondere in Uvira, Walungu, Mwenga und Kalahe mit den Wazalendo verbündet.

Eine zweite Entwicklung betrifft die Konsolidierung der Machtbasis der Rebellen. Die M23 und die Banyamulenge haben ihre Gebiete stabilisiert, ihren Verbündeten Sicherheit gewährt und kontrollieren inzwischen die von ihnen gehaltenen Zonen. In mehreren Regionen wie Walungu, Kalehe und Mwenga weitet die M23 schrittweise ihren Einfluss aus und verschärft damit die humanitäre Krise, insbesondere rund um Nzibira.

Die dritte Entwicklung betrifft die inneren Rivalitäten innerhalb der Wazalendo. Diese Gruppen streiten um die Kontrolle über bestimmte Gebiete und die Erhebung von Abgaben an Straßensperren. Dies führt zu Zusammenstößen und die Unsicherheit in Fizi, Uvira, Mwenga und Walungu nimmt weiter zu. Diese Spannungen erschweren zudem die Zusammenarbeit mit den FARDC und lassen erhebliche Zweifel an der Beständigkeit ihres Bündnisses zum Schutz der Bevölkerung aufkommen.

5. FAZIT

Wie diese Darstellung der Sicherheitslage im Süd-Kivu und der Rolle der burundischen Armee zeigt, bleibt die FDNB aus Sicht der kongolesischen Regierung ein unverzichtbarer Akteur bei der Verfolgung bewaffneter Gruppen. Wenngleich ihr Engagement für ein friedliches Zusammenleben verschiedener Gemeinschaften belegt ist, führte es zu keiner relevanten Veränderung der Situation in der Provinz. Die AFC/M23 dehnt ihre Kontrolle auf weitere Gebiete aus. Gleichzeitig versucht die FARDC, die territorialen Verluste gering zu halten. Die Zusammenstöße bleiben zahlreich, insbesondere in Kalehe. In Uvira, Mwenga, Fizi und Walungu kommt es immer wieder zu Kämpfen zwischen der FARDC und den Wazalendo, bei denen die Regierungstruppen mitunter überfordert und zögerlich erscheinen.

Trotz Kritik und Schwächen wird die FDNB in den von der Regierung kontrollierten Gebieten respektiert und akzeptiert. Ohne ihr Eingreifen hätten die Twirwaneho bereits weite Teile der Hochplateaus unter ihre Kontrolle gebracht, und das strategisch wichtige Zugangstor zur Ruzizi-Ebene wäre verloren gegangen. Die burundische Armee bleibt somit ein unverzichtbarer Akteur, nicht nur für die DR Kongo und die Kongoles:innen, sondern auch für Unterstützer*innen des burundischen Regimes. Obwohl jüngst ein Rahmenabkommen unterzeichnet wurde, verstärken die Konfliktparteien weiterhin ihre Stellungen. Die Kämpfe dauern in verschiedenen Regionen an, wobei die Banyamulenge der FDNB vorwerfen, eine Blockade mit ‚genozidalen' Absichten zu errichten, um sie auszuhungern.[8]

8 Alex Nvuka, Esquisse de l'entretien du porte-parole de l'armée burundaise, Gaspard Baratuza, à la radio BBC Gahuza Miryango sur le siège des villages des Banyamulenge par son armée [Zusammenfassung des Interviews mit dem Sprecher der burundischen Armee, Gaspard Baratuza, im Radiosender BBC Gahuza Miryango über die Belagerung der Banyamulenge-Dörfer durch seine Armee], VOK, 13.11.2025, https://www.voiceofkivu.com/post/esquisse-de-l-entretien-du-porte-parole-de-l-armée-burundaise-gaspard-baratuza-à-la-radio-bbc-gahu (abgerufen an 20.11.2025).

3. DAS WIDERSPRÜCHLICHE VERHÄLTNIS ZWISCHEN UGANDA UND DER DR KONGO

Von Reagan Miviri[1]

Die Einnahme der Städte Goma und Bukavu durch die M23, unterstützt von Ruanda, hat die Frage der Einmischung der Nachbarländer in der DR Kongo erneut in den Fokus gerückt.[2] Mehr als zwanzig Jahre nach dem Rückzug der ruandischen und ugandischen Truppen, die sich seinerzeit in einer der blutigsten Auseinandersetzungen auf fremden Boden gegenüberstanden,[3] operieren diese ehemaligen Gegner erneut auf dem Gebiet der DR Kongo – auch dieses Mal in einer äußerst komplexen Konstellation. Während Ruanda der Hauptunterstützer der gegen die kongolesische Regierung kämpfenden M23 ist, wird auch Uganda beschuldigt, die Rebellenbewegung immer wieder punktuell zu unterstützen, etwa bei der Eroberung der Grenzstadt Bunagana Anfang 2022.

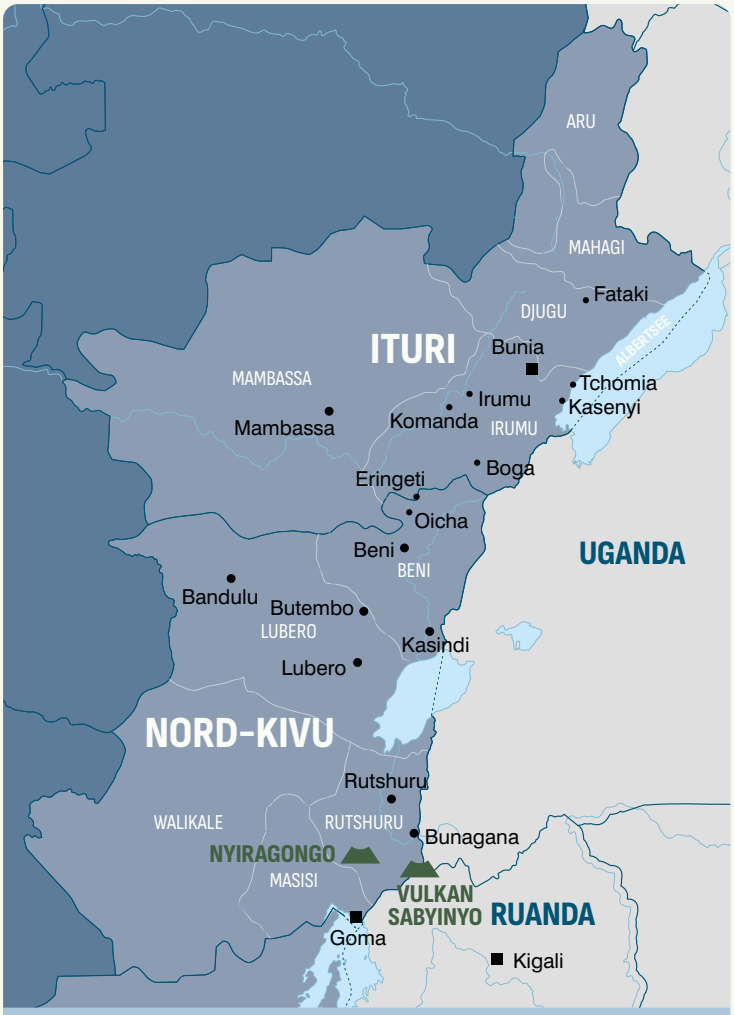
Bereits vor der M23-Krise wurden ugandische Truppen auf Bitte der kongolesischen Regierung in der DR Kongo stationiert. Sie sollten eine andere bewaffnete Gruppe bekämpfen, die aus Uganda stammt und Verbindungen mit dem Islamischen Staat unterhält: die ADF, eine der brutalsten Terrorgruppen des Landes. Seit mehr als zehn Jahren begeht die ADF immer wieder Massaker an der Zivilbevölkerung in den Territorien Lubero und Beni (Nord-Kivu) sowie in Irumu und Mambassa (Ituri). Nachdem die M23 Goma erobert hatte und in den Norden vorstieß, verstärkten die ugandischen Truppen ihre Stellungen in der Gemeinde von Lubero. Offiziell bestand ihre Mission darin, die ADF einzudämmen. Allerdings scheint die Präsenz ugandischer Truppen zugleich die M23 davon abgehalten zu haben, ihren Vormarsch nach Norden fortzusetzen – eine Region, die als Teil des ugandischen Einflussbereichs gilt.

Die Bilanz der Operation Shujaa ist bescheiden: Die ADF wurde zwar vertrieben, begeht aber weiterhin Massaker an der Zivilbevölkerung.

1. ANHALTENDE MASSAKER TROTZ UGANDISCHER INTERVENTION

Seit November 2021 versuchen die FARDC sowie die UPDF im Rahmen eines gemeinsamen Militäreinsatzes mit dem Namen „Shujaa“ die Terrorgruppe ADF unter Kontrolle zu bringen.[4] Doch die Bilanz ist bescheiden: Auch wenn die ADF von ihren ursprünglichen Stellungen vertrieben werden konnten, begeht die Rebellenmiliz weiterhin Massaker an der Zivilbevölkerung in den Territorien Lubero, Beni, Irumu und Mambasa. Im Juli beispielsweise töteten die Rebellen bei einem Angriff in der Stadt Komanda mindestens 110 Zivilist:innen, darunter 49 Christ:innen, die einer katholischen Bewegung namens Eucharistische Kreuzfahrt angehörten.[5] Diese Massaker sollen Vergeltungsmaßnahmen der ADF für die militärischen Einsätze der UPDF sein, insbesondere für eine Serie von Bombardements auf

1 Reagan Miviri ist Anwalt für Menschenrechte und zugleich Forscher zu Konfliktdynamiken im Osten der DR Kongo.
2 Vgl. Philipp Sandner & Georges Ibrahim Tounkara, Comprendre la montée en puissance des rebelles du M23 en RDC [Das Erstarken der M23-Rebellen in der Demokratischen Republik Kongo verstehen], Deutsche Welle, 05.03.2025, https://www.dw.com/fr/m23-rebelles-rwanda-rdc/a-71821646 (abgerufen am 20.11.2025).
3 Vgl. Amnesty International, RDC. Les victimes attendent toujours la justice, la vérité et des réparations, 25 ans après la guerre de Kisangani [DR Kongo: Die Opfer warten noch immer auf Gerechtigkeit, Wahrheit und Entschädigungen – 25 Jahre nach dem Krieg von Kisangani], 05.06.2025, https://www.amnesty.org/fr/latest/news/2025/06/drc-victims-still-waiting-for-justice-truth-and-reparations-25-years-on-from-kisangani-war (abgerufen am 20.11.2025).
4 Vgl. France24, L'armée ougandaise procède à des frappes aériennes sur des positions ADF en RDC [Die ugandische Armee führt Luftangriffe auf Stellungen der ADF in der Demokratischen Republik Kongo durch], 30.11.2021, https://www.france24.com/fr/afrique/20211130-l-arm%C3%A9e-ougandaise-proc%C3%A8de-%C3%A0-des-frappes-a%C3%A9riennes-sur-des-positions-adf-en-rdc (abgerufen am 21.11.2025).
5 Vgl. Christine Suess, DR Kongo: „Massakriert, während sie ihr Jubiläum feierten“, Vatikan News, 29.07.2025, https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2025-07/dr-kongo-massaker-katholiken-gebet-interview-vikar-kriminalitaet.html (abgerufen am 21.11.2025).



Karte von den Provinzen Nord-Kivu und Ituri im Osten der DR Kongo.

Stellungen der ADF in Apakwang – nach ugandischen Militärangaben das Lager des ADF-Anführers Musa Baluku – und auf den Hügel von Maesi an der Grenze zwischen Irumu und Mambasa. Sie könnten allerdings auch bezwecken, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu ziehen und so von den Bewegungen einzelner ADF-Kämpfer im Bezirk von Mambasa abzulenken. Parallel dazu bleibt das Territorium von Lubero – insbesondere der Sektor Bapere – ein Gebiet intensiver terroristischer Aktivität. In der Nacht vom 15. auf den 16. August wurden in den Dörfern nahe Bandulu mindestens 30 Zivilist:innen getötet und mehrere entführt.

Jenseits der operativen Herausforderungen im Kampf gegen diese Terrorgruppe, die sich durch eine asymmetrische Kriegsführung mit Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung auszeichnet, werfen auch die tatsächlichen Beweggründe der Intervention Ugandas Fragen auf. Einige Analysen legen nahe, dass über die Sicherung der Grenzgebiete hinaus das Hauptziel wirtschaftlicher Natur sein könnte, insbesondere die Kontrolle über den Handel mit Holz, Kakao und Gold.[6]

Die militärische Strategie, die ADF weiter von der Grenze zurückzudrängen, ohne sie dabei zwingend zu neutralisieren, ist bislang nur begrenzt wirksam. Nach einer kurzen Beruhigung in den Grenzgebieten hat die Aktivität der ADF wieder zugenommen. Die Gebiete, aus denen sie vertrieben wurden – insbesondere Boga, Oicha und Eringeti – wurden erneut zu Schauplätzen von Massakern. In der Nacht vom 10. auf den 11. August drangen die ADF in die Ortschaft Boga ein, töteten drei Zivilist:innen und brannten Häuser und Autos nieder. Am 13. August wurden fünf Zivilist:innen in Mayi Moya getötet und in der Nacht vom 16. auf den 17. August neun Zivilist:innen im Viertel Mbimbi in Oicha niedergemetzelt.

Trotz dieser erneuten Gewaltausbrüche und der Gefahr, die eigenen Truppen durch eine Stationierung in weiteren Teilen des Landes zu schwächen, hat die ugandische Armee einseitig beschlossen, ihre Präsenz auf Gebiete in der Provinz Ituri auszudehnen – Gebiete, die weder direkt von den ADF bedroht noch Teil der gemeinsamen Operation „Shujaa“ sind.

2. UGANDAS GRIFF NACH ITURI

Nach mehreren Drohungen des ugandischen Generalstabschefs Muhoozi Kainerugaba, dem Sohn des ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni, auf der Platttform X drangen ugandische Truppen eigenmächtig über die Gebiete Mahagi und Djugu in die DR Kongo ein. Der General rechtfertigte diesen Einsatz mit der Notwendigkeit, die Zivilbevölkerung vor den Übergriffen der CODECO zu schützen.[7] Diese

6 Vgl. Groupe d'étude sur le congo, L'opération Shujaa de l'Ouganda en République démocratique du Congo: combattre les ADF ou sécuriser les intérêts économiques? [Die Operation Shujaa Ugandas in der Demokratischen Republik Kongo: Kampf gegen die ADF oder Sicherung wirtschaftlicher Interessen?], n.D ., https://www.congoresearchgroup.org/fr/2022/06/14/loperation-shujaa-de-louganda-en-republique-democratique-du-congo-combattre-les-adf-ou-securiser-les-interets-economiques (abgerufen am 21.11.2025).

7 Vgl. Voa, L'Ouganda déploie ses troupes dans une ville congolaise pour lutter contre la milice Codéco [Uganda setzt seine Truppen in einer kongolesischen Stadt ein, um gegen die Codéco-Miliz zu kämpfen], 02.03.2025, https://www.voaafrique.com/a/7994244.html (abgerufen am 21.11.2025).

wird für mehrere Angriffe auf Zivilist:innen, vornehmlich auf die Hema, verantwortlich gemacht.

Ungeachtet kongolesischer Versuche, die Truppen der UPDF von ihrem Vormarsch auf die Hauptstadt der Provinz Ituri abzuhalten, erreichten diese am 19. Februar 2025 die Stadt Bunia. In der Folge verschärften sich die Auseinandersetzungen der Ugandischen Volksverteidigungsstreitkräfte mit den Mitgliedern der CODECO in Djugu. Am 18. März wurden die Einheiten der UPDF nach Fataki (im Territorium Djugu), dann nach Mahagi verlegt und noch am selben Tag von der CODECO angegriffen.[8] Die Gefechte dauerten bis zum 26. März und kosteten 131 Kämpfer:innen der CODECO sowie 17 ugandischen Soldat:innen das Leben.

Unterdessen fanden in Boga und Bunia Treffen kongolesischer und ugandischer Offiziere in Anwesenheit des Militärgouverneurs von Ituri statt,[9] bei denen die bestehenden Meinungsverschiedenheiten jedoch nicht ausgeräumt werden konnten. Erst nach einem Besuch von Muhoozi Kainerugaba in Kinshasa kamen die Generalstäbe der FARDC und der UPDF zusammen, um das Protokoll über die gemeinsamen Operationen „Shujaa“ zu überarbeiten – einschließlich ihrer Ausweitung auf Ituri, Lubero-Zentrum und die umliegenden Gebiete.[10] Dieses Treffen erkannte de facto die ugandische Expansion in Ituri an, konnte jedoch nicht alle durch die Expansion zugespitzten Spannungen entschärfen.

Hinzu kam, dass Thomas Lubanga – ein ehemaliger Rebellenführer, der vom Internationalen Strafgerichtshof verurteilt wurde und nun offenbar in Uganda lebt – eine neue politisch-militärische Bewegung ins Leben gerufen hatte: die Konvention für die Volksrevolution (CRP). Die CRP führt Angriffe auf die FARDC durch und droht damit, die Stadt Bunia einzunehmen. Die kongolesische Armee soll rund 3.000 Soldaten mobilisiert haben, um dieser Bedrohung entgegenzutreten. Gleichzeitig positionierte sich die UPDF entlang der Küste des Albertsees in Richtung Tchomia und Kasenyi. Während die ugandischen Streitkräfte die CRP offenbar tolerieren, sind sie gleichzeitig an den Gefechten gegen die CODECO beteiligt.[11]

Uganda wird daher beschuldigt, diese neue Rebellion vom eigenen Staatsgebiet aus zu unterstützen oder zumindest zu dulden.[12] Die kongolesische Regierung bleibt jedoch vorsichtig: Jede öffentliche Anschuldigung könnte die militärische Zusammenarbeit mit Uganda im Kampf gegen die ADF gefährden. Hinter verschlossenen Türen erkennen die kongolesischen Behörden die Ambivalenz der ugandischen Rolle in Nord-Kivu und Ituri an und betonen zugleich, dass ein abruptes Ende der Zusammenarbeit schwerwiegende Folgen für die Terrorismusbekämpfung und die Stabilität der Region haben könnte.

8 Vgl. Radio Okapi, Affrontements entre l’armée ougandaise et la milice CODECO à Fataki [Gefechte zwischen der ugandischen Armee und der CODECO-Miliz in Fataki], 19.03.2025, https://www.radiookapi.net/2025/03/19/actualite/securite/affrontements-entre-larmee-ougandaise-et-la-milice-codeco-fataki (abgerufen am 21.11.2025).

9 Vgl. Radio Go FM, RDC-Ouganda: rencontre militaire en Ituri après les menaces de Muhoozi Kainerugaba [DR Kongo–Uganda: Militärtreffen in Ituri nach den Drohungen von Muhoozi Kainerugaba], 18.02.2025, https://radiogofm.net/rdc-ouganda-rencontre-militaire-en-ituri-apres-les-menaces-de-muhoozi-kainerugaba (abgerufen am 21.11.2025).

10 Vgl. Actualité, RDC-Ouganda: FARDC et UPDF réunies à Kinshasa pour amender le protocole d’accord sur les opérations militaires conjointes [DR Kongo – Uganda: FARDC und UPDF treffen sich in Kinshasa, um das Protokoll über gemeinsame Militäroperationen zu ändern], 20.06.2025, https://actualite.cd/2025/06/20/rdc-ouganda-fardc-et-updf-reunies-kinshasa-pour-amender-le-protocole-daccord-sur-les (abgerufen am 21.11.2025).

11 Vgl. Actualité, RDC: le chef de l’armée ougandaise menace d’arrêter le gouverneur de l’Ituri et évoque une possible prise de Kisangani [DR Kongo: Der Chef der ugandischen Armee droht, den Gouverneur von Ituri zu verhaften, und spricht von einer möglichen Einnahme von Kisangani], 23.03.2025, https://actualite.cd/2025/03/23/rdc-le-chef-de-larmee-ougandaise-menace-darreter-le-gouverneur-de-lituri-et-evoque-une (abgerufen am 21.11.2025).

12 Vgl. Ildefonse Bwakyanakazi, La Convention pour la révolution populaire, quel objectif pour Thomas Lubanga? [Die Konvention für die Volksrevolution, welches Ziel verfolgt Thomas Lubanga?], Ebuteli, 25.07.2025, https://www.ebuteli.org/publications/podcasts/la-convention-pour-la-revolution-populaire-quel-objectif-pour-thomas-lubanga (abgerufen am 21.11.2025).

4. DIE AUSWIRKUNGEN DER REBELLION DER AFC/M23 AUF DIE KONGOLESISCHE POLITIK

Von Ithiel Batumike[1]

Nach dem deutlichen Sieg von Félix Tshisekedi bei den Wahlen 2023 strebte sein Regime schnell eine Änderung der Verfassung an, mit dem Ziel die Macht des Präsidenten zu konsolidieren. Das Vorpreschen des Regimes ging mit der strikten Ablehnung eines politischen Dialogs zur friedlichen Lösung des Krieges im Osten mit der AFC/M23 einher.

Allerdings änderte sich die Situation mit der Eroberung von Goma und Bukavu durch die Rebellen schlagartig. Da die militärischen Erfolge die Autorität der Regierung schwächten, gefährdeten sie die Ambitionen des Präsidenten und insbesondere die angestrebte Verfassungsänderung. Auch wenn Tshisekedi inzwischen Oppositionsvertreter:innen an der Regierung beteiligt hat, scheint er vor allem auf die Vermittlungsbemühungen Washingtons und Dohas zu setzen, um der Offensive der M23 Einhalt zu gebieten und die politische Initiative zurückzugewinnen. Der Präsident könnte damit die Kontrolle über das innenpolitische Machtspiel wiedererlangen. Dies belegt die zentrale Rolle internationaler Partner, wie Deutschland und der Europäischen Union, die sicherstellen müssen, dass ihre diplomatischen Bemühungen vor allem der Wiederherstellung des Friedens dienen – und nicht der Stärkung eines Regimes, das versucht, seine Macht über die in der Verfassung festgelegten Grenzen hinaus zu verlängern.

Tshisekedi setzt auf die Vermittlungsbemühungen Washingtons und Dohas, um die politische Initiative zurückzugewinnen. Er könnte damit die Kontrolle über das politische Machtspiel wiedererlangen.

1. ÖFFNUNG FÜR DIE OPPOSITION UND AUSSETZUNG DES PROJEKTS DER VERFASSUNGSREFORM

Das Wahlbündnis Heilige Union der Nation (USN) von Präsident Félix Tshisekedi erhielt bei den Wahlen 2023 insgesamt 74 Prozent der Stimmen. Damit geriet die Wahl zu einer Art Volksentscheid für den Präsidenten, der auf kommunaler und nationaler Ebene ebenso wie in den Provinzen einen deutlichen Sieg verzeichnen konnte. In vielen parlamentarischen Gremien ist die Opposition seitdem faktisch kaum noch vertreten. Sowohl in der Nationalversammlung als auch im Senat kommt sie auf weniger als 10 Prozent der Stimmen. Das Ergebnis erinnert damit an die Zeiten des Langzeitherrschers Mobutu Sese Seko, der mit seiner Revolutionären Volksbewegung (MPR) jahrzehntelang die Politik der DR Kongo dominierte.

Die Einnahme von Bukavu und Goma hat die Lage jedoch grundlegend verändert. Die Regierung sah sich nach dem Fall der beiden Provinzhauptstädte dazu gezwungen, den nationalen Zusammenhalt im Land zu stärken, und entschied sich für die Bildung einer Einheitsregierung, die auch die politische Opposition und die Zivilgesellschaft einbeziehen sollte. Das schon im Februar versprochene und im August 2025 verkündete neue Kabinett umfasst fünfzehn neue Mitglieder, darunter den ehemaligen Premierminister Adolphe Muzito. Er ist als einziger bedeutender Oppositionsführer in der neuen Regierung vertreten. Die versprochene Öff-

1 Ithiel Batumike ist Forscher am Forschungsinstitut Ebuteli in Kinshasa. Er ist Autor mehrerer Publikationen zu aktuellen politischen Themen, insbesondere zu den Wahlen in der DR Kongo. Von 2017 bis 2021 arbeitete er im Kabinett der Unabhängigen Nationalen Wahlkommission (CENI). Derzeit promoviert er in Politik- und Sozialwissenschaften an der Universität Mons in Belgien.

nung fällt also relativ bescheiden aus. Die wichtigsten Vertreter:innen der Opposition lehnten es ab, an den Beratungsgesprächen der Regierung teilzunehmen, und forderten stattdessen einen umfassenden und inklusiven Dialog – wie ihn seit Januar 2025 die Katholische Bischofskonferenz des Kongo (CENCO) und die protestantische Kirche im Kongo (ECC) vorschlagen. Vital Kamerhe, Präsident der Nationalversammlung, der offen seine Unterstützung für die Initiative der Kirchen gezeigt hatte, wurde am 22. September 2025 zum Rücktritt gedrängt. Er stand im Verdacht, die Verfassungsreform blockieren zu wollen.

Während die Kämpfe im Osten zunahmen, verstrickte sich die kongolesische politische Klasse in eine hitzige Debatte über eine mögliche Verfassungsänderung. Nachdem der Präsident am 23. Oktober 2024 in Kisangani angekündigt hatte eine Reform anzustreben, startete die Regierung eine groß angelegte Kampagne, um für die Notwendigkeit einer Änderung zu werben. Die Opposition wiederum organisierte sich in verschiedenen Bündnissen, um gegen das Vorhaben zu mobilisieren, konnte jedoch die Bevölkerung nicht mehr in dem Maße auf die Straße bringen wie zu Zeiten von Tshisekedis Vorgänger Joseph Kabila. Das wusste der Präsident und zeigte deshalb seine Entschlossenheit umso mehr: „Niemand wird meine Meinung über die Reform oder die Änderung der Verfassung ändern!“, verkündete er in Lubumbashi am 16. November 2024.[2] Eine Äußerung, die als Zeichen der Verachtung gegenüber der unbewaffneten Opposition gewertet wurde – und von manchen Beobachter:innen sogar als autoritäre Tendenz interpretiert wurde, offenbarte sie doch den Willen des Präsidenten, sich gegebenenfalls über die Souveränität des Volkes hinwegzusetzen.

Doch angesichts der militärischen Entwicklungen im Land konnte Tshisekedi seine vollmundige Ankündigung nicht halten. Ende Dezember 2024 flammten die kriegerischen Auseinandersetzungen im Osten des Landes wieder auf. Dies stellte die Machtverhältnisse brutal auf den Kopf und verdrängte die Diskussion um die Verfassungsänderung von der Tagesordnung. Die Verteidiger:innen der Verfassungsreform traten

2 Vgl. Présidence de la République Démocratique du Congo, Le Président Félix Tshisekedi a déclaré: « Personne ne changera mon avis sur la révision ou le changement de la constitution » [Präsident Félix Tshisekedi erklärte: „Niemand wird meine Meinung zur Überarbeitung oder Änderung der Verfassung ändern.“], 16.11.2024, https://presidence.cd/actualite-detail/actualite/le_president_felix_tshisekedi_a_declare_personne_ne_changera_mon_avis_sur_la_revision_ou_le_changement_de_la_constitution (abgerufen am 31.8.2025).

Mitglieder der M23 überwachen die unter Zwang versammelte Menschenmenge während der Kundgebung des von der AFC/M23 ernannten Gouverneurs Erasto Musanga im Stadtteil Mugunga in Goma, 2025.

nunmehr als Kritiker:innen der ruandischen Aggression auf, während die Opposition sich (in)direkt mit der Blockade des Projekts zur Verfassungsrevision zufriedengab.

2. DIE OFFENSIVE DER AFC/M23 UND IHRE FOLGEN FÜR DIE OPPOSITION

Während die Zivilgesellschaft weiterhin Ruandas Unterstützung der Rebellen anprangerte, sah ein Teil der kongolesischen Opposition – unfähig, gegen das Projekt der Verfassungsreform zu mobilisieren – in der Offensive der M23 eine Gelegenheit, sich erneut auf der politischen Bühne zu behaupten. Einige Oppositionelle entschieden sich dazu, die Rebellion nicht ausdrücklich zu verurteilen – ohne sie jedoch offen zu unterstützen. Andere gingen noch weiter und äußerten eine gewisse Sympathie für die Rebellen mit dem Argument, dass sowohl die Opposition als auch die Rebellen angeblich das gleiche Ziel verfolgten: nämlich das Ende der „Diktatur" in der DR Kongo. Der Krieg entwickelte sich zu einem politischen Glücksfall für die geschwächte Opposition. Manch einer reiste demonstrativ nach Goma, etwa Franck Diongo, der heute im Exil in Belgien lebt, oder Joseph Stéphane Mukumadi, ehemaliger Gouverneur von Sankuru, der sich inzwischen der Opposition angeschlossen hat.

Andere Oppositionelle sahen im raschen Vorrücken der M23 eine Möglichkeit, das Regime Félix Tshisekedis zu stürzen – ähnlich wie bei der Machtübernahme durch die Allianz der demokratischen Kräfte zur Befreiung des Kongo-Zaïre (AFDL) im Jahr 1997. Doch die Geschichte wiederholt sich selten: Der diplomatische Druck und die Komplexität eines Konflikts, in dem eine Vielzahl nicht kontrollierbarer Akteure einen asymmetrischen Krieg führen, verhinderten den Sturz des Regimes.

Lediglich zwei Stimmen hoben sich klar und deutlich von alledem ab: Martin Fayulu aus Kinshasa, rechtmäßiger Gewinner der Präsidentschaftswahl 2018 und seinerzeit von Kabila zugunsten Tshisekedis verdrängt, sowie Denis Mukwege, Friedensnobelpreisträger von 2018 und unglücklicher Präsidentschaftskandidat 2023, der zurzeit im norwegischen Exil lebt. Beide verurteilten unmissverständlich die Offensive der AFC/M23 und forderten internationale Sanktionen gegen Ruanda.

3. KALTER KRIEG ZWISCHEN JOSEPH KABILA UND FÉLIX TSHISEKEDI

Der Machtkonflikt zwischen dem ausgeschiedenen Präsidenten Joseph Kabila und seinem Nachfolger Félix Tshisekedi wurde nicht direkt zwischen den Kontrahenten, sondern mithilfe weiterer Akteur:innen ausgetragen.

Tatsächlich nimmt Kabilas politische Formation – die Partei des Volkes für Wiederaufbau und Demokratie (PPRD) – in der aktuellen Krise eine zumindest ambivalente Haltung ein. Auch wenn sie die Rebellen der M23 nicht offen unterstützt, so verurteilt sie sie auch nicht. Stattdessen versucht sie, ihre Taten zu rechtfertigen, sieht die Ursachen für die Krise in den Dysfunktionalitäten des eigenen Landes und spielt die Rolle Ruandas herunter. Eine Haltung, die einen Teil der öffentlichen Meinung schockiert. Am 30. Juni 2025 ging Martin Fayulu sogar so weit, Kabila dazu aufzufordern, Goma zu verlassen und ihn mit den Worten zu warnen, dass „die Geschichte einen solchen Verrat niemals verzeihen wird."[3]

Die Regierung geht ihrerseits noch weiter: Auf Grundlage von Informationen ihrer Geheimdienste beschuldigt sie Kabila und die PPRD, hinter der M23 zu stehen. Ihre Vermutungen werden bestätigt durch den letzten UN-Expertenbericht, der Kontakte zwischen dem ehemaligen Präsidenten und der Rebellenbewegung dokumentiert.

Von heute aus betrachtet bilden diese Vorwürfe den Anfang einer ganzen Reihe von Maßnahmen gegen Joseph Kabila und sein Lager. Die Aktivitäten seiner Partei wurden zunächst ausgesetzt und ihre Medien-

3 Vgl. Actualité, Fayulu appelle Kabila à quitter Goma: « l'histoire ne pardonnera pas les trahisons » [Fayulu ruft Kabila dazu auf, Goma zu verlassen: „Die Geschichte wird Verrat nicht verzeihen."], 02.06.2025, https://actualite.cd/2025/06/02/fayulu-appelle-kabila-quitter-goma-lhistoire-ne-pardonnera-pas-les-trahisons (abgerufen am 28.8.2025).

präsenz beschnitten.[4] Auch wurde den wichtigsten Vertreter:innen der Opposition untersagt, das Land zu verlassen.[5]

Im März 2025 wurde gegen den Ex-Präsidenten ein Prozess eröffnet, bei dem ihm außerordentlich schwere Vergehen zur Last gelegt wurden: Verteidigung des Terrorismus, Hochverrat, Geheimnisweitergabe an den Feind, Vergewaltigungen, Morde und Verschwörung. Dieses Verfahren ist eine Reaktion auf einige seiner Erklärungen, vor allem aber auf Kabilas umstrittene Entscheidung, sich in die von den Rebellen besetzten Zone zu begeben.

Im Anschluss an eine am 23. Mai 2025 gehaltenen Rede begab sich Kabila tatsächlich in von der M23 kontrollierte Gebiet, wo er Gespräche mit Vertreter:innen verschiedener Bevölkerungsschichten führte. Sein Umfeld versichert, dass die wichtigsten Ergebnisse dieser Austausche im nächsten nationalen Dialog vorgestellt würden. Im Prozess, der in Abwesenheit und ohne jede Verteidigung geführt wurde, verurteilte ihn das Oberste Militärgericht am 30. September 2025 zum Tode, so wie es das Generalauditorat der FARDC gefordert hatte. Auch wenn der Urteilsspruch keine Konfiszierung seiner Besitztümer beinhaltete, soll er dennoch 30 Milliarden amerikanische Dollar an den kongolesischen Staat sowie an die Provinzen Nord- und Süd-Kivu zahlen, die als Nebenkläger auftraten.

In offizieller Lesart war dieser Prozess Teil der Bemühungen der Regierung, die Straflosigkeit von Täter:innen bei schweren Verbrechen in einem Kontext wiederkehrender Gewalt zu bekämpfen. Doch die Rechtmäßigkeit des Prozesses wird heftig bestritten. Der Prozess fand in Abwesenheit Kabilas statt und war vor allem durch einen eklatanten Mangel an Beweisen gekennzeichnet, die seine Schuld an den ihm vorgeworfenen schweren Taten hätten belegen können. Die Anklage beschränkte sich im Wesentlichen darauf, ihre öffentlichen Erklärungen zu verbreiten, ohne greifbare Beweise für eine Zusammenarbeit mit der M23 vorzulegen – sei es bei der Finanzierung, der Planung oder der Leitung militärischer Operationen.

Die übermäßige Politisierung des Prozesses, der zur Bühne für Diskussionen über die Nationalität des ehemaligen Präsidenten geriet, hat ihn gänzlich diskreditiert. Die Verurteilung Kabilas wird als politisches Manöver wahrgenommen, das darauf abzielte, einen gefürchteten politischen Gegner auszuschalten. So wird auch der andere politische Gegner, Moïse Katumbi, von den kongolesischen Behörden auf Grundlage eines UN-Expertenberichts der Komplizenschaft mit der M23 beschuldigt.

Es ist denkbar, dass sich das Todesurteil gegen Kabila auf den erwarteten politischen Machtwechsel im Jahr 2028 auswirkt. Beobachter:innen befürchten, dass die Verurteilung eines Ex-Präsidenten als Vorwand für eine Verfassungsänderung benutzt werden und eine dritte Amtsperiode des Präsidenten erlauben könnte, um den amtierenden Machthaber gegen ähnliche gerichtliche Verfolgung zu schützen. Auch deshalb ist die Verurteilung von Kabila ein bedenkliches Signal für die Konsolidierung der kongolesischen Demokratie.

4. FAZIT

Der Krieg im Osten der DR Kongo hat offengelegt, wie fragil das Regime von Félix Tshisekedi ist. Nach dem Fall von Goma und Bukavu öffnete der Präsident seine Regierung gegenüber der Opposition, doch die offizielle Bestätigung der Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung steht bislang aus. Die Untätigkeit hat innerhalb der Opposition die Vorstellung genährt, dass der Krieg eine Gelegenheit bieten könnte, die kongolesische Demokratie gegen Tshisekedis Versuche der Machtaneignung zu schützen.

4 Vgl. Radio Okapi, L'UNPC dénonce la suspension des activités médiatiques du PPRD par le CSAC [Die UNPC prangert die Aussetzung der Medienaktivitäten der PPRD durch den CSAC an], 06.06.2025, https://www.radiookapi.net/2025/06/06/actualite/politique/lunpc-denonce-la-suspension-des-activites-mediatiques-du-pprd-par-le (abgerufen am 29.8.2025).

5 Vgl. 7sur7, RDC: les PPRD Shadary, Minaku et Kambere frappés d'interdition de sortie [DR Kongo: Die PPRD-Politiker Shadary, Minaku und Kambere wurden mit einem Ausreiseverbot belegt], 11.03.2025, https://7sur7.cd/2025/03/11/rdc-les-pprd-shadary-minaku-et-kambere-frappes-dinterdition-de-sortie (abgerufen am 29.8.2025).

Doch die Wirklichkeit ist eine völlig andere: Der Krieg stellt eine existentielle Gefahr für das Land dar und bedroht die Hoffnungen, die auf den kommenden Wahlen liegen. Mit jeder Veränderung im Machtgefüge, die mit Gewalt erzwungen wird, geht das Risiko einher, die geltende Verfassung außer Kraft zu setzen. Dies gilt auch für die Behauptung, dass die M23 mit ihrem militärischen Vorrücken auf Kinshasa beabsichtigt, die aktuelle Verfassung zu schützen.

Es bleibt festzuhalten, dass die Verwundbarkeit des Landes gegenüber äußeren Bedrohungen weiter zunimmt, sofern es den politischen Akteur:innen nicht gelingt, ihre Differenzen über die Lösung des Konflikts im Osten zu überwinden und eine gemeinsame Sprache zu finden. Denn die Instrumentalisierung des aktuellen Konflikts – durch welche Partei auch immer – kann die Aggressoren entlasten, oder die Entgleisungen eines Regimes legitimieren, das um jeden Preis an der Macht bleiben möchte.

Die Rechtmäßigkeit des Gerichtsprozesses gegen den ehemaligen Präsidenten Kabila wird heftig bestritten. Die Verurteilung wird als politisches Manöver wahrgenommen, das darauf abzielt, einen politischen Gegner auszuschalten.

Die Partner der DR Kongo sollten sich unbedingt für eine rasche Wiederherstellung des Friedens im Osten des Landes einsetzen – auch mithilfe von Sanktionen. Dabei ist zu unterstreichen, dass die Stärkung der Demokratie zentrale Voraussetzung dafür ist, die DR Kongo dauerhaft zu stabilisieren.

Der Schutz der Verfassung und das Streben nach einem friedlichen Machtwechsel sollten dabei weiterhin oberste Priorität haben. Jede Änderung der Verfassung inmitten der Krise und jeder Versuch, die Amtszeit des Präsidenten unrechtmäßig zu verlängern, sollte als rote Linie betrachtet werden. Die Partner:innen der DR Kongo sollten daher weiterhin wachsam sein – wie schon 2016 bis 2018 –, um nicht den Eindruck zu erwecken, sie würden Entwicklungen dulden, die sie zuvor verurteilt hatten.

Um einen nationalen Konsens über die Lösung der aktuellen Krise und über die demokratische Zukunft des Landes zu fördern, ist es darüber hinaus entscheidend, dass die Partner:innen der DR Kongo die von der CENCO und der ECC getragene Initiative unterstützen, indem sie die politischen Akteur:innen dazu bewegen, sich in guter Absicht daran zu beteiligen. Diese Initiative bildet das unverzichtbare Fundament, um die Grundlage für einen glaubwürdigen Wahlprozess im Hinblick auf die für 2028 vorgesehenen Wahlen zu schaffen.

5. WAS SIND DIE MEDIATIONSVERSUCHE IM M23-KONFLIKT WERT?

Von Onesphore Sematumba[1]

Nachdem die M23 2013 durch kongolesische Truppen und eine Spezialbrigade der MONUSCO besiegt worden war, nahm sie im November 2021 an den Ausläufern des Vulkans Sabyinyo im Grenzgebiet des Dreiländerecks zwischen Uganda, der DR Kongo und Ruanda den bewaffneten Kampf wieder auf. Anfang 2022 gelang es ihr unter dem Kommando von Sultani Makenga, strategische Gebiete in Grenznähe zu Ruanda und Uganda zu erobern. Im Juni nahm sie dann die Stadt Bunagana an der Grenze zwischen der DR Kongo und Uganda ein. Die Eroberung Bunaganas verschaffte der M23 einen strategischen Vorteil, da sie damit ungehinderten Zugang zu Rückzugsgebieten und Nachschubwegen bekam. Als zwei weitere strategisch wichtige Städte im Territorium Rutshuru – darunter die Bezirkshauptstadt – an die Rebellen fielen und sie weiter in Richtung Goma vordrangen, bat der kongolesische Präsident Félix Tshisekedi im April 2022 seine Amtskollegen der EAC um militärische Unterstützung.[2] Die Staatschefs der EAC lancierten daraufhin eine Initiative, die die Krise auf politischem und diplomatischem Wege beenden sollte. Auf politischer Ebene wurde unter Vermittlung des ehemaligen kenianischen Präsidenten Uhuru Kenyatta ein Dialogprozess ins Leben gerufen, der sogenannte „Nairobi-Prozess". Die kongolesische Regierung und mehrere bewaffnete Gruppen, unter ihnen auch die M23, sollten hier zu Gesprächen zusammenkommen. Parallel dazu zielte auf diplomatischer Ebene der vom angolanischen Präsidenten João Lourenço vermittelte „Luanda-Prozess" auf eine Annäherung zwischen Ruanda und der DR Kongo ab. Er sollte die Spannungen abbauen, die zwischen den beiden Ländern infolge der ruandischen Unterstützung der M23 entstanden waren. Gleichzeitig entsandte im November 2022 die EAC eine regionale Eingreiftruppe in die DR Kongo. Ihr folgte im Dezember 2023 die Entsendung von Truppen der SADC. Die beiden Einsätze wurden 2023 bzw. 2025 beendet – angesichts der vielfältigen Herausforderungen des Krieges und der komplexen regionalen Verflechtungen konnten sie keine konkreten Erfolge erzielen.

1. NAIROBI: EIN KURZER PROZESS

Nach der Entscheidung der Staatschefs der EAC im April 2022 die DR Kongo zu unterstützen, führte Félix Tshisekedi umgehend in Nairobi politische Gespräche mit mehreren Mitgliedern kongolesischer bewaffneter Gruppen, darunter auch der M23. Aufgrund der Anschuldigung, die M23 würde vor Ort ihre Offensive fortsetzen, wurde sie jedoch umgehend vom Prozess ausgeschlossen. Daraufhin rief Félix Tshisekedi am 3. November 2022 – zu einem Zeitpunkt, als sich die Rebellen bereits vor den Toren von Goma im Gebiet von Nyiragongo befanden – in einer Rede an die Nation die kongolesische Jugend dazu auf, sich in lokalen Verteidigungsgruppen zu organisieren, um die Armee zu unterstützen.

Diese Mobilisierung führte zur Remilitarisierung und Legitimierung mehrerer bewaffneter Gruppen, die bis dahin am „Nairobi-Prozess" beteiligt waren. Es entstand die Bewegung der Wazalendo („Patrioten" auf Swahili), womit faktisch das Ende des „Nairobi-Prozesses" besiegelt wurde.

2. DER CHAOTISCHE „LUANDA-PROZESS"

Der „Luanda-Prozess" nahm am 6. Juli 2022 während eines trilateralen Gipfels zwischen Angola, der DR Kongo und Ruanda seinen Anfang. Er mündete in der Annahme eines „Fahrplans" für einen Waffenstillstand, dessen Modalitäten im November

1 Onesphore Sematumba ist ein geopolitischer Analyst mit über 20 Jahren Erfahrung in der Erforschung, Beschreibung und Analyse von Konfliktdynamiken, insbesondere im Zusammenhang mit Land, natürlichen Ressourcen, ethnischen Fragen sowie politischen und sicherheitspolitischen Dilemmata in der Region der Großen Seen. Nach mehrjähriger Tätigkeit für zivilgesellschaftliche Organisationen in der DR Kongo und der Region ist er derzeit als Senior Analyst Consultant für die Region der Großen Seen bei der International Crisis Group tätig.

2 Die DR Kongo war der EAC im März 2022 beigetreten.

desselben Jahres konkretisiert werden sollten. Der Text sah insbesondere den Rückzug der M23-Rebellen aus den eroberten Gebieten vor und legte ihre anschließende Einquartierung an bestimmten Standorten fest. Doch weder der Waffenstillstand noch der Rückzug der Truppen, geschweige denn die Einquartierung der Rebellen, wurden jemals umgesetzt. Als die M23 Geländegewinne erzielte, schlug der angolanische Präsident João Lourenço einen direkten Dialog zwischen Kinshasa und Kigali vor – eine Option, die Félix Tshisekedi trotz eines für ihn ungünstigen Kräfteverhältnisses ablehnte. Stattdessen entschied sich der Präsident inmitten des Wahljahres 2023 für eine harte Haltung gegenüber Ruanda – in dem Bewusstsein, dass ein Entgegenkommen als Schwäche ausgelegt würde. Er hoffte damit die Unterstützung der kongolesischen Bevölkerung zu sichern, trotz der durchwachsenen Bilanz seiner ersten Amtszeit.

Die letzte offizielle Etappe des „Luanda-Prozesses" fand Mitte September 2024 im Rahmen eines Ministertreffens statt: Dabei prüften und verabschiedeten die kongolesische Außenministerin und ihr ruandischer Amtskollege einen abgestimmten Plan zur Überwindung der Krise und diskutierten einen Bericht über die Ausschaltung der gegenüber Kigali feindlich gesinnten ruandischen Hutu-Rebellen der FDLR. Auf der Tagesordnung stand zudem die Frage nach der Aufhebung der von Ruanda in der DR Kongo ergriffenen Verteidigungsmaßnahmen – ein Euphemismus, der in Wirklichkeit die Stationierung von Truppen und militärischem Gerät auf kongolesischem Boden bezeichnete. Der für den 15. Dezember geplante Gipfel zwischen dem ruandischen Präsidenten Paul Kagame und Félix Tshisekedi, der das Friedensabkommen hätte besiegeln sollen, wurde dann jedoch abgesagt. Kigali knüpfte seine Teilnahme an die Bedingung, dass Kinshasa einen direkten Dialog

Soldaten der kongolesischen Regierung auf einer Stellung in Rutshuru, Bungusa, im Jahr 2024, bevor sie von der M23 zurückgedrängt wurden.

mit der M23 eröffne – eine Forderung, die Tshisekedi ablehnte. Das geplatzte Treffen zwischen Kagame und Tshisekedi besiegelte offiziell das Scheitern des „Luanda-Prozesses“.

3. WIEDERAUFNAHME DES KRIEGES, DER FALL DER PROVINZHAUPTSTÄDTE UND DER NEUSTART DER VERMITTLUNGSBEMÜHUNGEN

Nach dem Ende des „Luanda-Prozesses“ entflammten die Kämpfe an allen Fronten mit ungewöhnlicher Heftigkeit. Höhepunkt war die Einnahme von Sake, dem letzten Sperrriegel vor Goma, der Provinzhauptstadt von Nord-Kivu, gefolgt von der Einnahme Gomas am 27. Januar 2025 im Zuge eines überfallartigen Angriffs durch die M23. Im weiteren Verlauf eroberte die Rebellenmiliz am 16. Februar Bukavu, die Hauptstadt von Süd-Kivu, und drang bis an die Tore von Uvira vor, das gegenüber von Bujumbura liegt, dem wirtschaftlichen Zentrum Burundis. Die M23 wurde vor Uvira durch einen Truppenverbund gestoppt, der sich aus Wazalendo-Gruppen, der burundischen Armee – einem verlässlichen Verbündeten Tshisekedis – und kleineren Verbänden der FARDC zusammensetzte.

Das Ausmaß der humanitären, politischen und geopolitischen Krise in Folge dieser Rebellenoffensive riss die Diplomatie aus ihrem Dämmerzustand: gleich mehrere Vermittlungsbemühungen setzten ein, um die DR Kongo zu stabilisieren. Dies jedoch führte zu einer Vielzahl verschiedener Initiativen, die nicht aufeinander abgestimmt waren.

João Lourenço, der in der Zwischenzeit zum Präsidenten der Afrikanischen Union (AU) gewählte angolanische Präsident, nahm am 17. März einen letzten Anlauf, um den „Luanda-Prozess“ wiederzubeleben und versuchte, die kongolesische Regierung und die M23 an einen Tisch zu bringen – vergeblich. Zur allgemeinen Überraschung trafen sich allerdings die Präsidenten Kagame und Tshisekedi nur einen Tag später am 18. März in Katars Hauptstadt Doha. Dieser unerwartete Gipfel löste ein großes Medienecho aus und zog direkte Gespräche zwischen der DR Kongo und Ruanda nach sich. Zugleich leitete er eine Reihe paralleler diplomatischer Initiativen ein, die die Krise fortan begleiteten. Angola hingegen äußerte seine Verwunderung über die Initiative von Doha und kritisierte die mangelnde Koordination zwischen den Vermittlungsbemühungen.

4. BÜHNE FREI FÜR DIE USA

Auf Bitten Kinshasas nahm die Trump-Regierung neue Vermittlungsbemühungen auf, um in Fortsetzung des abgebrochenen „Luanda-Prozesses“ die Spannungen zwischen der DR Kongo und Ruanda zu entschärfen. Diese Bemühungen, energisch vorangetrieben von Massad Boulos, Trumps Sonderberater für Afrika, führten am 27. Juni 2025 zur Unterzeichnung eines Friedensabkommens durch die Außenminister:innen der DR Kongo und Ruandas. Das vom amerikanischen Präsidenten als „historisch“ bezeichnete Abkommen – Trump ging so weit zu behaupten, er habe gerade einen mehr als dreißig Jahre währenden blutigen Konflikt beendet – verpflichtete die Konfliktparteien zu einem Verzicht auf jede Form von aggressiven Handlungen und auf die Achtung der territorialen Integrität des jeweils anderen Landes. Darüber hinaus vereinbarten die Parteien, innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens einen mehrstufigen „Rahmen für regionale wirtschaftliche Integration“ zu schaffen, der in einem separaten Vertrag geregelt werden sollte.

Wie alle vorangegangenen Abkommen zur Beendigung der Kampfhandlungen wurde auch das Washingtoner Abkommen nicht eingehalten, und der Prozess ist zum Stillstand gekommen. Offenkundig plant Trump einen großen Gipfel, bei dem die beiden Präsidenten der Konfliktparteien gemeinsam mit Vertretern der AU, der EAC, der SADC sowie einigen europäischen Delegierten für ein Gruppenfoto zusammenkommen sollen. Doch die Entwaffnung der FDLR durch die DR Kongo – ein zentrales Element für die Sicherheit Ruandas, wie schon im gescheiterten „Luanda-Abkommen“ festgehalten – sowie die Auf-

hebung der ruandischen Verteidigungsmaßnahmen wurden bislang nicht umgesetzt.

5. KATARS GUTE ABSICHTEN

Katar unternahm seine eigenen Bemühungen zur Vermittlung zwischen Kinshasa und der M23. Deren einziges belastbares Ergebnis ist eine Grundsatzerklärung, die am 19. Juli 2025 unterzeichnet wurde. Darin verpflichten sich die Parteien, die Souveränität und territoriale Integrität der DR Kongo zu achten, die Zivilbevölkerung zu schützen und einen dauerhaften Waffenstillstand zu vereinbaren, der jegliche Angriffe – ob aus der Luft, zu Land, zu Wasser oder auf See – sowie Sabotageakte, Hasspropaganda und die gewaltsame Eroberung neuer Gebiete untersagt. Der ursprüngliche Zeitplan sah zwei entscheidende Termine vor: den 8. August 2025 für den Beginn der Friedensverhandlungen und den 18. August für die Unterzeichnung eines Friedensvertrags.

Keine dieser Fristen wurde eingehalten. Auf diplomatischen Druck hin kehrten am 21. August die auf ein absolutes Minimum geschrumpften Delegationen nach Doha zurück. Sie sollten eine Vereinbarung beraten, die begrenzt wurde auf einen Waffenstillstand und die Freilassung von durch Kinshasa gefangene M23-Kämpfer:innen. Der Doha-Friedensprozess steht damit am Scheideweg und nichts weist darauf hin, dass einem erneuten Abkommen, von dem bereits eine erste Fassung im Umlauf ist, ein anderes Schicksal beschieden sein wird als den vorherigen. Das Dokument sieht vor, dass die AFC/M23 aus ihren Reihen eine Spezialbrigade bilden soll in der gleichen Stärke wie die nationale kongolesische Polizei. So sollen die von der AFC/M23 kontrollierten Gebiete fünf Jahre lang mit Verlängerungsoption gesichert werden. Das Dokument sieht außerdem vor, dass Kinshasa die örtlichen Amtsträger:innen nur in Absprache mit den Rebellen ernennen darf. Allerdings wurden diese Vorschläge sowohl von Kinshasa als auch von den Rebellen bereits abgelehnt, unter anderem da die AFC/M23 ihr Ziel, das Tshisekedi-Regime zu stürzen, immer noch nicht aufgegeben hat.

> *Der Doha-Friedensprozess steht damit am Scheideweg und nichts weist darauf hin, dass einem erneuten Abkommen, ein anderes Schicksal beschieden sein wird.*

6. WARUM GELINGEN DIE VERMITTLUNGSBEMÜHUNGEN NICHT?

Kristof Titeca hat in seinem Text *DRC's latest peace deal is breaking down and it isn't the first – what's being done wrong* vom 2. September 2025 sieben Faktoren herausgestellt, die das bisherige Scheitern der Vermittlungsbemühungen beschreiben.[3] Er führt die folgenden Gründe an:

(1) Tiefes Misstrauen zwischen den Konfliktparteien

Seit 2021 konzentrierten sich die Friedensbemühungen auf die Verhandlung zwischen der kongolesischen Regierung, den Vertreter:innen der AFC/M23 und der ruandischen Regierung. Die VN und zahlreiche andere Beobachter haben die Unterstützung Ruandas für die M23 dokumentiert – ein Vorwurf, den Kigali mehrfach zurückgewiesen hat. Das Scheitern dieser Vermittlungsbemühungen ist auf ein tiefes gegenseitiges Misstrauen zurückzuführen. Die Beziehungen zwischen Kinshasa, der M23 und Kigali sind geprägt von Feindseligkeit, gegenseitiger Verdächtigung und gebrochenen Versprechen. Der Aufbau von Vertrauen durch konkrete und schrittweise Maßnahmen sollte das Fundament jeder regionalen Vermittlung bilden. *Doch die M23, die AFC und Ruanda sind eigenständige Akteur:innen, die mit der Rebellion jeweils unterschiedliche Ziele verfolgen – von einem Marsch auf Kinshasa*

3 Kristof Titeca, DRC's latest peace deal is breaking down and it isn't the first – what's being done wrong [Das jüngste Friedensabkommen in der DR Kongo bricht zusammen – und es ist nicht das erste. Was läuft falsch?], The Conversation, 2.9.2025, https://theconversation.com/drcs-latest-peace-deal-is-breaking-down-and-it-isnt-the-first-whats-being-done-wrong-264064 (abgerufen am 24.11.2025).

über die Kontrolle strategischer Gebiete im Osten des Landes bis hin zur Festigung ihres Einflusses innerhalb der staatlichen Strukturen der DR Kongo, anstatt über eine eigenständige Verwaltung, die von der Regierung unabhängig ist.

(2) Unzureichende Umsetzung der Maßnahmen

Wegen dieses tiefen Misstrauens zögern die Parteien, den ersten Schritt zur Umsetzung der Vereinbarungen zu machen. Die am 19. Juli 2025 unterzeichnete Grundsatzerklärung von Doha sah Gefangenenaustausche sowie die Wiederherstellung staatlicher Autorität in den von den Rebellen kontrollierten Gebieten vor. Doch Kinshasa weigerte sich, vor einem endgültigen Abkommen einen Gefangenenaustausch durchzuführen. Für die M23 wiederum stellt er die Voraussetzung für weitere Verhandlungen dar.

(3) Ausschluss anderer regionaler Akteure

Der Krieg im Ostkongo betrifft auch andere Nachbarstaaten. Insbesondere Uganda verfügt über eine bedeutende militärische Präsenz und teilt die sicherheitspolitischen Bedenken, die Sorgen und Beweggründe Ruandas. Die Region stellt sowohl eine Sicherheitsbedrohung als auch eine wirtschaftliche Chance dar – insbesondere durch Goldexporte und den grenzüberschreitenden Handel. Dennoch wurde Uganda von bestimmten Verhandlungen ausgeschlossen.

Auch Burundi, das im Rahmen seiner Spannungen mit Ruanda militärisch in der DR Kongo engagiert ist, ist ein weiterer Akteur, der allzu oft übergangen wird.

(4) Viele Vermittlungsbemühungen, wenig Koordinierung

Seit dem erneuten Ausbruch des Konflikts im Jahr 2021 haben sich die Friedensinitiativen vervielfacht jedoch ohne echte Koordination.

Die angestoßenen Friedensprozesse und -vermittlungen überlagern sich, lassen die Anstrengungen ins Leere laufen und erschweren letztlich die Suche nach einer Lösung. Das im Juni 2025 unterzeichnete Washingtoner Abkommen z.B. enthält einen wirtschaftlichen Teil, das „Rahmenwerk für eine regionale Wirtschaftsintegration“. Er konzentriert sich im Wesentlichen auf die reichlich vorhandenen Bodenschätze der Region, von denen Kigali, Kinshasa und Washington dank der Beilegung des Konflikts profitieren wollen. Nach mehreren Wendungen – insbesondere dem Widerstand der DR Kongo, das Rahmenwerk ohne den vorherigen Abzug der ruandischen Truppen vom kongolesischen Boden zu unterzeichnen – wurde das Abkommen schließlich im November unterschrieben. Der letzte und feierliche Schritt des Abkommens soll die Unterzeichnung durch die kongolesischen und ruandischen Präsidenten im Weißen Haus sein. Doch wird dieser Schritt wegen der geringen Fortschritte im parallelen Prozess von Doha immer weiter nach hinten verschoben. Am 15. November unterzeichneten die kongolesische Regierung und die AFC/M23 darüber hinaus ein Acht-Punkte-Rahmenabkommen, das die zentralen Themen für kommende Verhandlungen über ein Friedensabkommen festlegt. Sie sollen innerhalb von zwei Wochen nach der Unterzeichnung beginnen. Doch räumen selbst die Unterzeichner ein, dass der Weg zu einem greifbaren Frieden noch lang ist. Die wiederholten Verzögerungen drohen die Amerikaner und Katarer zu ermüden. Sie erwägen inzwischen die Vermittlung in afrikanische Hände zu legen – was einen Rückschritt bedeuten würde.

(5) Rolle und Grenzen des internationalen Drucks

Der Erfolg der Verhandlungen hängt in Teilen vom diplomatischen Handlungsspielraum der Vermittlungsakteure ab. In der aktuellen Situation erscheint der Druck der Amerikaner als zentraler Faktor. Nach der Wiederaufnahme der Kämpfe Mitte August 2025 haben die Vereinigten Staaten ihre Erklärungen und Sanktionen vervielfacht, wobei sich diese vor allem gegen die M23 richteten. Doch die Hoffnung der DR Kongo auf eine amerikanische Intervention sowie die unrealistische Idee einer amerikanischen

Präsenz auf kongolesischem Gebiet wurden schnell enttäuscht.

Es muss daher festgestellt werden, dass allein der politische Weg Lösungen bieten könnte – doch Kinshasa zögert, sich ernsthaft darauf einzulassen, obwohl das Kräfteverhältnis vor Ort klar zu seinen Ungunsten ausfällt und die öffentliche Meinung, insbesondere in Kinshasa, auf eine endgültige militärische Lösung gegen Ruanda und seine „Marionetten" der M23 drängt.

(6) Wirtschaftliche Anreize allein reichen nicht

Der Washingtoner Friedensprozess setzte auf wirtschaftliche Integration und die Förderung des Handels mit den Vereinigten Staaten. Dies wurde als Weg zu mehr Stabilität vermittelt. Doch Frieden erfordert mehr als nur Wirtschaftsabkommen. Die amerikanische Herangehensweise vereinfacht einen multidimensionalen Konflikt, der in politischen, sicherheitspolitischen und sozialen Ansprüchen und Forderungen wurzelt. Ein solcher Ansatz läuft Gefahr, amerikanische Wirtschaftsinteressen höher zu bewerten als lokale Gegebenheiten – und dies auf Kosten der DR Kongo.

(7) Schwache interne Legitimierung

Schließlich mangelt es den Friedensabkommen im Land an jeglicher Legitimität. Die Verschärfung des Konflikts fiel zusammen mit einer wachsenden Kritik an Präsident Félix Tshisekedi. Seine Autorität schwindet angesichts seiner Unfähigkeit, die Gewalt und die grassierende Korruption im Land zu beenden. Die kongolesische Zivilgesellschaft kritisiert die Abkommen als faule Kompromisse, die vom Ausland diktiert werden und nicht inklusiv genug sind. Die Abkommen wurden weder vom Parlament verabschiedet noch schließen sie die Zivilgesellschaft oder lokale Akteur:innen mit ein.

Kongolesische Stimmen, wie die von den katholischen und protestantischen Kirchen getragene Initiative für einen inklusiven innerkongolesischen Dialog, erhielten nur eine Unterstützung zum Schein. Tshisekedi versuchte vielmehr die Initiative der Kirchen zu ersticken oder sie zu seinem eigenen Vorteil zu vereinnahmen.

7. DIE NOTWENDIGKEIT EINES EUROPÄISCHEN ENGAGEMENTS

Als Washington die Vermittlungen in der Krise im Osten der DR Kongo übernahm und Doha in die Moderation des „Dialogs zwischen Kinshasa und der AFC/M23" einspannte, schien der Friedensprozess an Fahrt aufzunehmen. In nur wenigen Monaten wurden zwischen der DR Kongo und Ruanda eine Grundsatzerklärung sowie ein Friedensvertrag unterzeichnet, wohingegen die afrikanischen Vermittlungsversuche nicht von der Stelle kamen. Sie wurden entweder von den Rivalitäten zwischen regionalen Blöcken (EAC gegen SADC) aufgerieben oder aus geopolitischem Kalkül der Staatschefs Paul Kagame und Félix Tshisekedi, den beiden zentralen Akteuren des Konflikts, ausgebremst.

Diese spektakulären Fortschritte wurden nahezu einhellig begrüßt, auch von den Europäer:innen, die sich vom Triumphalismus Donald Trumps mitreißen ließen, der sich über das „historische Abkommen" freute. Doch lässt sich nicht leugnen, dass weder das Washingtoner Abkommen vom 27. Juni 2025 noch die Erklärung von Doha vom 19. Juli „den drei Jahrzehnten der Krise in der Region der Großen Seen ein Ende gesetzt" – ungeachtet dessen, was Trump in der Hoffnung auf den Friedensnobelpreis und auf Rohstoffe aus dem Ostkongo für amerikanische Unternehmen pompös verkündet hatte. Die Ernüchterung ist geradezu mit Händen zu greifen: Bei einem Staatsbesuch des belgischen Außenministers Maxime Prévot erinnerte die kongolesische Seite daran, dass sich „vor Ort nichts Substanzielles verändert" habe.

Die mit der Brechstange durchgesetzte und im Eiltempo verhandelte Pax Americana offenbart schon jetzt ihre Grenzen. Immer mehr Stimmen in der DR Kongo und auch andernorts prangern den Mangel an Inklusion in der amerikanischen (und katarischen) Methode an. Der Ansatz reduziert den M23-Konflikt auf einen binären Gegensatz zwischen Kigali und

Kinshasa, ja auf ein persönliches Duell zwischen Kagame und Tshisekedi – obwohl andere regionale Mächte wie Burundi und Uganda ebenfalls Truppen in der DR Kongo stationiert haben und dort eigene Interessen verfolgen. Das Wiedererstarken der M23 ist dabei in Teilen eine Reaktion auf die militärische Präsenz der Rivalen Ruandas in der Region.

Außerdem beschränkten sich die Vermittlungsbemühungen ausschließlich auf bewaffnete Akteure – und ließen die politische Opposition ebenso wie einen bedeutenden Teil der Zivilgesellschaft außer Acht. Diese forderten aber einen echten inklusiven innerkongolesischen Dialog. Schließlich illustriert der absichtliche Ausschluss der europäischen Diplomatie, trotz ihrer Verbindung mit der Region und ihren Krisen, den Willen der amerikanischen Unterhändler, unbedingt die Oberhand zu behalten.

Europa darf bei den Friedensbemühungen in der DR Kongo nicht weiter im Abseits stehen.

Europa darf bei den Friedensbemühungen in der DR Kongo nicht weiter im Abseits stehen. Die Europäer:innen (Deutsche, Belgier, Franzosen) und die Vereinten Nationen, und hier insbesondere die MONUSCO, sollten sich nicht mit ihrer randständigen Rolle zufriedengeben. Gerade wegen ihrer historischen Beziehungen zur Region sind sie aufgefordert, sich stärker und auf neue Weise zu engagieren. Nur so können sie – gemeinsam mit den Afrikaner:innen und Kongoles:innen – eine dauerhafte und glaubwürdige Lösung für eine Krise schaffen, deren Auswirkungen für die Bevölkerung täglich verheerender werden.

SCHLUSSBEMERKUNG: EIN AUFRUF ZU ENTSCHIEDENEM POLITISCHEN HANDELN

Die in diesem Dossier versammelten Beiträge machen deutlich, wie komplex und zugleich dynamisch die Sicherheitskrise im Osten der Demokratischen Republik Kowngo ist. Eine Vielzahl bewaffneter Akteure steht sich in unterschiedlichen Konstellationen gegenüber, während sich das Konfliktgeschehen durch lokale Dynamiken, aber auch externe Interventionen fortlaufend verändert. Seit dem Wiederausbruch des M23-Konflikts wirkt sich dieser zunehmend auf die anderen Konflikte im Ostkongo aus und nährt die Befürchtung einer regionalen Konflikteskalation.

Ungeachtet dieser allgemeinen Dynamik lassen sich in den einzelnen Teilen Ostkongos sowie in Bezug auf bestimmte Konflikte spezifische Entwicklungen beobachten. So hält **Nene Morisho** in Bezug auf den AFC/M23-Konflikt fest, dass die Rebellengruppe zwar militärisch überlegen ist, in den von ihr kontrollierten Gebieten jedoch Angst und Misstrauen herrschen. Viele Menschen akzeptieren sie nur gezwungenermaßen als neue Machthaberin. Gleichzeitig belasten die von der kongolesischen Regierung ergriffenen Maßnahmen die Bevölkerung schwer und stehen im Widerspruch zu ihrem erklärten Ziel, Einheit und Zusammenhalt zu fördern. Für Süd-Kivu legt **Josaphat Musamba** dar, dass der Vormarsch der M23 sowie die starke Präsenz burundischer Truppen zu einer Intensivierung bestehender Konflikte und einer Verschärfung der humanitären Krise beigetragen haben. Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen, Wazalendo-Kämpfer:innen und der kongolesischen und burundischen Armee haben eine Gewaltspirale in Gang gesetzt und sind teils in Hass umgeschlagen – insbesondere gegenüber den Banyamulenge. Was die bisherigen Vermittlungsversuche anbelangt, erklärt **Onesphore Sematumba**, dass diese – trotz der Vermittlungsbemühungen Katars und der USA – als gescheitert gelten können. Gründe hierfür sind ein Mangel an Inklusivität und Koordination sowie das anhaltende Misstrauen der Konfliktparteien. Eine nachhaltige Lösung würde koordiniertes internationales und regionales Handeln, die Einbindung aller relevanten Akteure (auch der Zivilgesellschaft) und den politischen Willen zu echten Kompromissen erfordern.

Die Entwicklungen in Ituri verdeutlichen, dass die Gewalt längst über Nord- und Süd-Kivu hinaus eskaliert. Wie **Reagan Miviri** betont, fällt dabei die ambivalente Rolle Ugandas besonders ins Auge. Die ugandische Armee beteiligt sich zwar an der Bekämpfung bewaffneter Gruppen wie der ADF und CODECO, doch bestehen erhebliche Zweifel an der Wirksamkeit ihres Einsatzes, insbesondere gegen die ADF. Zwar ist die ADF unter Druck, begeht aber weiterhin brutale Massaker. Die Expansion der ugandischen Armee nach Ituri und die mutmaßliche Duldung der Rebellengruppe CRP lassen überdies Zweifel an ihren Motiven aufkommen. Die Sicherheitslage im Norden von Nord-Kivu und in Ituri ist folglich geprägt von einem dauerhaft hohen Gewaltniveau und einer großen Fragilität.

Auch die kongolesische Regierung unter Félix Tshisekedi war zu Beginn des Jahres 2025 fragil. Wie **Ithiel Batumike** ausführt, bildete Tshisekedi als Reaktion eine neue Einheitsregierung unter Beteiligung oppositioneller Stimmen – eine Maßnahme, die eher Symbolcharakter hatte. Der Präsident versperrt sich weiterhin jeder Dialoginitiative, darunter auch dem von den katholischen und protestantischen Kirchen vorgeschlagenen „Sozialpakt für Frieden und Wohlstand“. Währenddessen instrumentalisiert er den Konflikt mit der AFC/M23: zum einen ist er bestrebt eine Verfassungsänderung durchzusetzen, die ihm weitere Amtszeiten ermöglichen und damit die Aussicht auf einen friedlichen Machtwechsel gefährden würde. Zum anderen verschärft er die politische Repression im Land und versucht sich politischer Rivalen wie dem früheren Präsidenten Joseph Kabila zu entledigen.

Die sich zuspitzende Krise birgt die Gefahr einer regionalen Konflikteskalation und erfordert entschiedenes politisches Handeln. Dies gilt sowohl für die internationale Gemeinschaft insgesamt als auch für Deutschland, das als Schwergewicht in der EU und langjähriger enger Partner der DR Kongo, Ruandas, Burundis und Ugandas eine wichtige Rolle in der Region spielt. Statt eine abwartende Haltung einzunehmen, muss die Bundesregierung der Region der Großen Seen verstärkte Aufmerksamkeit schenken und sich aktiver als bisher einbringen. Dabei gilt es, Bemühungen zu unterstützen, die eine langfristige politische Lösung für die Krise in der Region suchen.

AUS SICHT DES ÖNZ MUSS DIE DEUTSCHE BUNDESREGIERUNG,

(1) alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um Druck auf die Konfliktparteien im AFC/M23-Konflikt auszuüben und so zur Beendigung der Gewalt beizutragen. Dies gilt insbesondere für die Unterstützung Ruandas für die M23, aber auch für die Zusammenarbeit der kongolesischen Regierung mit den Wazalendo und der FDLR.

(2) sich im AFC/M23-Konflikt für inklusive, transparente und partizipative Verhandlungsprozesse einsetzen, die die Ursachen des Konflikts adressieren und zivilgesellschaftliche Akteure beteiligen. Die tieferliegenden Ursachen müssen angegangen werden, da ansonsten nur die Symptome bekämpft werden. Ohne die Bearbeitung struktureller, sozialer und politischer Ursachen droht mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder Gewalt und Instabilität. Zivilgesellschaftliche Akteure können mit ihrem Wissen, ihrer Erfahrung und aufgrund ihrer lokalen Verankerung einen wichtigen Beitrag zu einem nachhaltigen Frieden leisten.

(3) die internationale Strafverfolgung und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen in der DR Kongo konsequent unterstützen. Dazu gehört unter anderem die rasche Einrichtung einer Untersuchungskommission des VN-Menschenrechtsrats. Außerdem sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Bekämpfung der Straffreiheit und der Schutz der Menschenrechte ein wichtiger Teil künftiger Friedensabkommen sind.

(4) sich, schließlich, dafür einsetzen, dass wirtschaftliche oder kommerzielle Unterstützungsmaßnahmen nur unter der Bedingung gewährt werden, dass sie nicht Unternehmen zugutekommen, die den Konflikt im Osten der DR Kongo anheizen. Wirtschafts- und entwicklungspolitische Maßnahmen zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten in der Region dürfen keinesfalls – auch nicht indirekt – zur Fortsetzung der Gewalt beitragen.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADF	Alliierte Demokratische Kräfte
AFC	Kongofluss Allianz
AFC/M23	Kongofluss Allianz / Bewegung des 23. März
AFDL	Allianz der demokratischen Kräfte zur Befreiung des Kongo-Zaïre
AU	Afrikanische Union
CENCO	Katholische Bischofskonferenz des Kongo
CNDP	Nationalrat zur Verteidigung des Volkes
CODECO	Kooperative für Entwicklung im Kongo
CRP	Konvention für die Volksrevolution
DR Kongo	Demokratische Republik Kongo
EAC	Ostafrikanische Gemeinschaft
ECC	Protestantische Kirche im Kongo
FARDC	Streitkräfte der DR Kongo
FDLR	Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas
FDNB	Burundische Armee
M23	Bewegung des 23. März
MCDPIN	Kongolesische Bewegung für die Verteidigung der nationalen Integrität
MONUSCO	Mission der Vereinten Nationen für die Stabilisierung in der DR Kongo
MPR	Volksbewegung der Revolution
MRDP	Republikanischen Bewegung für die Würde des Volkes
PPRD	Partei des Volkes für Wiederaufbau und Demokratie
RCD	Kongolesischer Zusammenschlusses für Demokratie
RDF	Ruandische Armee
SADC	Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika
TAFOC	Task Force Commando
SAMIRDC	SADC-Mission in der DR Kongo
UPDF	Ugandische Armee
USN	Heilige Union der Nation
VN	Vereinte Nationen
WFP	Welternährungsprogramm

IMPRESSUM

ökumenisches netz zentralafrika e.V.

Ökumenisches Netz Zentralafrika (ÖNZ) e.V.
Michaelkirchstrasse 17-18
10179 Berlin
+49 30 48 62 570 0
office@oenz.de
www.oenz.de

MITGLIEDSORGANISATIONEN IM ÖNZ SIND:

Brot für die Welt
VEM Vereinte Evangelische Mission
misereor – Gemeinsam global gerecht
EIRENE – Gewaltfrei für den Frieden
AGIAMONDO
pax christi

Autor:innen:
Einleitung: Ciaran Wrons-Passmann, Ronja Fink, Katharina Hettlage
Hauptteil: Nene Morisho, Josaphat Musamba, Reagan Miviri, Onesphore Sematumba, Ithiel Batumike
Schluss: Ciaran Wrons-Passmann

Redaktion:
Ciaran Wrons-Passmann
Ronja Fink
Katharina Hettlage

Bildnachweis:
Titelfoto von Philémon Barbier
Foto S. 8, 12, 18 und 23 von anonym

Lektorat
Französisch: Charlotte Bomy
Deutsch: Inken Kiupel

Übersetzung:
Klara Vanek

Gestaltung:
Bertram Sturm

Die in den Beiträgen geäußerten Ansichten sind ausschließlich die der Autoren und spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung des ÖNZ oder dessen Mitgliedsorganisationen wider.